

44. Jahrgang

1-2011

€ 4,50

DAS RUHRGEBIET -
ALS SOLCHES (2)

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** Hermann Schulz
Michel Kayoya beim Fahrradflicken
4 Wolfgang Belitz
Eine krachende Niederlage

Schwerpunkt:

Das Ruhrgebiet – als solches (2)

- 5** Sebastian Müller
Die Demokratie ist in Deutschland direkter geworden – Sie wird Kohlekraftwerke im Ruhrgebiet nicht mehr akzeptieren
7 Stefan Polónyi
Brücken für das Ruhrgebiet
10 Claus Bredenbrock
Französische Truppen im Revier – Der Ruhrkampf 1923
12 Rolf Euler
Ruhrgebiet: AufRuhr? Widerstand!
14 Peter Liedtke
Pixelprojekt_Ruhrgebiet
 Digitale Sammlung fotografischer Positionen als regionales Gedächtnis
16 Wolfgang Richter
Phönix ist versunken
18 Ingrid Krau
RUHR: Die Suche nach der Urbanität

1WURF

- 20** Au Loong Yu
Guanxi –
 Korruption mit chinesischen Besonderheiten

Menschenorte 10

- 21** Manfred Walz, Anna Musinszki
Den Menschen zugewandt – Persepektive und sinnvolle Arbeit bei Grünbau: bei Andreas Koch

Palästina

- 22** Ilan Pappe – 12.01.2001
Kommentar zur Stuttgarter Konferenz und Erklärung

Impressum ...	Seite 24
Abo-Bestellschein ...	Seite 24
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 12, 17
Einladung „Zu neuen Ufern“ ...	Seite 15
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 11
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 13
Anzeige Emscherexpedition bridges projects ...	Seite 19
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 23



Editorial

Was wäre **AMOS** ohne seine Kolumnen und das Titelbild? Durch die Jahrzehnte tragen sie zur Unverwechselbarkeit dieser Zeitschrift bei. Jahr für Jahr. Über die Zeit summiert es sich zu Jubiläen:

- Nun ist Hermann Schulz „Jubilär“: Seit 20 Jahren erfreut er durch seine augenzwinkernde, subversive, humane Erzählkunst, so, wenn er von seinen Begegnungen mit Menschen schreibt, von manch einem Projekt, das Solidarität braucht, und auch, wenn ihm gelegentlich der Kragen platzt und er in eine gesellschaftliche Debatte eingreift. Wir danken: Hermann Schulz ist gewissermaßen das Feuilleton von **AMOS**.
- So wie der andere ständige Kolumnist Wolfgang Belitz „Protestantisches“ darstellt (seine 50 **AMOS**-Kolumnen sind gesammelt nachzulesen: s. S. 4). Unser Grußwort für dieses Buch fehlt leider darin; es steht nun auf unserer Webseite.
- Manfred Walz setzt mit jedem Titelbild seit 1984, seit mehr als 25 Jahren, ein unübersehbares prägnantes Signal ...
- Jährlich wechselnd äußern sich Jahreskolumnisten mit ihren „Iwürfen“. Nach den Nicaraguanern Sergio Ramirez, Gioconda Belli und Ernesto Cardenal in 2010 begrüßen wir in 2011 den chinesischen Sozialwissenschaftler Au Loong Yu (Hongkong); er wird uns viermal aus „China von unten“ berichten, herrschaftskritisch und links, wieder also ein „Blick-von-außen“, in unserem derzeitigen „Asian Century“.

Im „Asian Century“ geopolitisch strategisch platziert, geht der Afghanistan-Krieg mit den weltpolitischen Ambitionen Deutschlands ins zehnte Jahr. „Nichts ist gut in Afghanistan“ (so Neujahr 2010 Margot Käßmann), aber alles wird ständig schlimmer. Da hilft nur ein schnelles Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan! Den entsprechenden Appell startete vor gut einem Jahr die (im Ruhrgebiet beheimatete) Trias: **AMOS**, kultuRRevolution (Hattingen-Essen) und DISS (Duisburg); Hunderte ZeitgenossInnen haben ihn bisher unterstützt (www.afghanistanappell.de). Sehr aktuell lädt diese Trias zusammen mit der Ev. Stadtakademie Bochum ein zur

Einladung

„Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan!“

- 3.** Werkstatt am Donnerstag, **7. April von 16.30 – 21.30 Uhr** in der Ev. Stadtakademie Bochum, Klinikstr. 20.
17.00 Uhr: Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisierung, IMI Tübingen): „Vom Einsatz her gedacht“ – Über die „Reform“ der Bundeswehr.
18.00 Uhr: Robert Zion (Gelsenkirchen): „Den Afghanistan-Kriegsunwillen in der Gesellschaft in die Afghanistan-Kriegsbefürwortungsparteien tragen – am Beispiel: B90/Die Grünen“. Danach: Abendessen
19.30 Uhr: Andreas Zumach (Genf): „Der nächste Krieg – Iran? Oder – wo im ‚Orient‘?“

Bitte weitersagen und teilnehmen.

Im „Asian Century“ haben sich (seit Freitag, 11. März) nun wieder, wenn auch aus anderer Ursache, über Japan die Auswirkungen einer von niemandem verantwortbaren Atomtechnik, dieses Mal der sog. „friedlichen“ Variante, ausgebreitet, die die dort noch Überlebenden der US-Atombomben-Abwürfe auf Hiroshima (6.8.1945) und Nagasaki (9.8.1945) in ihren tödlichen, verstümmelnden, genverändernden und dauerhaft krankmachenden Folgen kennen. Erdbeben, Tsunami, Atomkatastrophe: so viel Leid, auch jetzt wieder! ...

Zum Ruhrgebiet lässt sich viel berichten; daher legen wir im Anschluss an Heft 4 | 2010 hier die Fortsetzung vor. „Das Ruhrgebiet als solches – (2)“. Es wäre noch viel mehr zu sagen. Aber die Themen der nächsten Hefte in diesem Jahr sind nun doch:

- 2 | 2011 (Juni): „Abzocke“ – Krisen, Gegenwehr
- 3 | 2011 (September): „Ökologie“ – im Ruhrgebiet?
- 4 | 2011 (Dezember): „Krieg – nein“ – Frieden – ja!

AMOS – mit Frühlingsgrüßen!

Hermann Schulz

Michel Kayoya beim Fahrrad flicken

Das Buch des ersten afrikanischen Autors kam über seltsame Umwege Ende der 60er Jahre nach Wuppertal in den Peter Hammer Verlag. Ein deutscher reisender Kaufmann erwarb in der Buchhandlung der ‚Weißen Väter‘ in Bujumbura ein Exemplar des Buches „Auf den Spuren meines Vaters“ (in Französisch) von einem Michel Kayoya. Er las es im Hotel und war so angetan von diesem Text, dass er sein Exemplar an Bundeskanzler Willy Brandt schickte, mit der Empfehlung, dafür doch in Deutschland einen Verlag zu finden. Den Namen dieses aufmerksamen Reisenden haben wir nie erfahren.

Willy Brandt gab das Exemplar an seinen Minister für Entwicklungshilfe, Erhardt Eppler. Der wiederum drückte es seinem Berater Klaus Lefringhausen (unvergesslicher Freund!) aus Mettmann in die Hand. So geriet es in den Verlag.

Ob man diese poetische Auseinandersetzung eines Afrikaners mit Glauben und Tradition seiner Väter und seine Klage über die Folgen der Kolonialzeit auch würde verkaufen können, diese Frage stellten wir uns nicht. Wer hätte sie auch beantworten können? Afrikanische Literatur kam auf dem deutschen Buchmarkt damals nicht vor.

1971 erschien das Buch. Die damals entstehenden Dritte-Welt-Läden nahmen es dankbar auf. Sie waren, daran sei hier erinnert, überhaupt die Einzigen, die sich für die Literaturen der Dritten Welt engagierten. Ich erinnere mich sehr lebhaft an zwei typische Begebenheiten: In der linken Buchhandlung ‚Ca ira‘ in Frankfurt, wo ich einen Vertreterbesuch machte, zerriss der ‚revolutionäre‘ Buchhändler ein Exemplar vor meinen Augen mit dem Kommentar: „Dieser Autor ist ja ein total angepasster Neger! So etwas brauchen wir nicht!“ Auch von christlicher Seite wurde das Buch des katholischen Priesters nicht nur freundlich aufgenommen: In einer evangelischen Buchhandlung in Karlsruhe beschied mich das Buchhändler-Ehepaar, solche Bücher wären der Reichsgottesarbeit nicht förderlich. – Man hatte also schon damals seine Last mit den Fundamentalisten jeglicher Färbung.

Ein Jahr später kam ich von einer ausgedehnten Lateinamerikareise zurück. Auf meinem Schreibtisch lag die Nachricht, Michel Kayoya sei tot. Bei den Unruhen in Burundi, als die herrschenden Tutsi über 5.000 Intellektuelle der Hutu umbrachten, kam auch Kayoya ums Leben. Mir erzählte später ein Priester in der Zentrale der Weißen Väter in Köln, Michel sei dabei gewesen, einem Kind sein Fahrrad zu flicken, da sei die Tutsi-Miliz aufgetaucht und habe ihn mitgenommen, um ihn zu erschießen.

Kayoya (1934 – 1972) stammte aus dem kleinen Dorf Kibumbu in den Bergen Burundis, sein Vater war Bauer. Unvergesslich, wie liebevoll der Priester das Leben auf dem Land beschrieben hatte. – Ich besuchte später die Weißen Väter in Bujumbura, wo sie neben einer Buchhandlung eine kleine Druckerei unterhielten. Der Druckermeister mit Namen Josef Hirt kam aus Bayern, ein lieber und freundlicher Mensch, der mit Kayoya befreundet war. Auf dem Hof der Druckerei



saßen an die dreißig Kinder, die in Handarbeit Bücher einbanden. Leider war keine Gelegenheit, die Eltern Kayoyas zu besuchen, die Straße sei durch den Regen unpassierbar. Die beiden Bücher des Autors („Auf den Spuren meines Vaters“, „Sprich deine Sprache, Afrika!“), die wir in Wuppertal betreuten, erreichten je drei Auflagen; einige Texte fanden Eingang in Schulbücher. Das Tanzanian Publishing House veröffentlichte Jahre später auf unsere Anregung hin eine Ausgabe in Kiswahili, auch in den USA und anderen Sprachen erschienen Editionen.

Ich hatte Kayoya als den ersten schwarzen Autor des Verlages nie vergessen; jetzt erinnerte ich mich, dass sein Tod 40 Jahre her ist. Dass sein Beispiel und sein Werk Spuren hinterlassen hat, erfuhr ich erst durch das Internet: An Universitäten in aller Welt gelten seine Texte als Beispiele zur Kolonialgeschichte „Aus der Sicht der Kolonisierten“; sogar eine ‚Stiftung Michel Kayoya‘ arbeitet in mehreren Ländern. Seine Bücher in Deutsch bekommt man nur noch im Internet antiquarisch. Aber das sagt nur wenig über die geheime Wirksamkeit von Büchern. Und ihre geheimen Wege aus verlassenen Winkeln Afrikas zu Bundeskanzlern, klugen Beratern wie Klaus Lefringhausen, Verlegern und Lesern.

Hermann Schulz leitete bis 2001 den Peter Hammer Verlag und lebt heute als Autor in Wuppertal. 2009 erhielt er für sein Bilderbuch „Die schlaue Mama Sambona“ (nominiert für den Deutschen Jugendliteraturpreis) den schwedischen Peter Pan Preis. Anfang 2010 erschien im Carlsen-Verlag der Fußball-Roman für Kinder „Mandela und Nelson“ (nominiert für den Preis „Fußballbuch des Jahres“ des DFB. 2011 erscheint im Nordpark-Verlag eine Neuausgabe des Afrika-Romans „Zurück nach Kilimatinde“.

Wolfgang Belitz

Eine krachende Niederlage

In diesen Tagen habe ich zum ersten Male in meinem langen Leben einen Leserbrief verfasst und zwar zu der Berichterstattung in der Wochenzeitung UNSERE KIRCHE (UK) über den Prozess vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm wegen des Streikverbots in der Kirche. Er wurde veröffentlicht in UNSERE KIRCHE NR. 6 (13.02.2011) und zwar wie vorab angekündigt (Kürzungen vorbehalten) in zensierter Form. Daher biete ich hier die unzensierte Fassung. Die kursiv gedruckten Zeilen sind der Zensur zum Opfer gefallen:

„Eine krachende Niederlage

Das Landesarbeitsgericht Hamm hat am 13. Januar den Antrag der Ev. Kirche von Westfalen, ihrer Diakonie und etlicher anderer Bundesgenossen auf ein gerichtliches Streikverbot in Kirche und Diakonie ohne wenn und aber zurückgewiesen. Das ist eine krachende Niederlage für die Antragsteller, von der sie sich so leicht nicht wieder erholen werden. *Selbstverständlich darf in Kirche und Diakonie gestreikt werden, denn das Streikrecht ergibt sich aus dem Grundrecht auf Koalitionsfreiheit Art.9 Abs.3 Grundgesetz.*

Der Leitartikel in UK berichtet über das sensationelle Ereignis mit milden, einfühlsamen Worten und tritt den Verlierern mit quasi seelsorgerlicher Achtsamkeit zur Seite: Es handelt sich lediglich um einen Teilerfolg, einen Etappensieg, ein eingeschränktes Zugeständnis, der Ausgang sei weiter offen, so der Titel des Artikels. Von den Argumenten des Gerichts ist kaum die Rede.

Ich war am 13. Januar beim Prozess im überfüllten Verhandlungssaal des Landgerichts Hamm anwesend und habe die Verhandlung verfolgt. Es war ein rabenschwarzer Tag für die kirchlich-diakonischen Arbeitgeber.

Das Gericht hat zwei Argumentationslinien verfolgt.

1. Das Gericht hat die Struktur des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes (ARRG) analysiert, also den Dritten Weg betrachtet. Das Ergebnis ist eindeutig. Das ARRG ist dem Tarifvertragswesen nicht gleichwertig. Es konstruiert eine strukturelle Unterlegenheit und Schwächung der Arbeitnehmerseite, weil durch die Vorschriften zur Besetzung der Arbeitnehmerbank in der arbeitsrechtlichen Kommission ausgeschlossen wird, dass das volle professionelle tarifrechtliche Expertenwissen auf Arbeitnehmerseite zum Einsatz kommen kann, wie es bei Tarifverhandlungen der Fall ist. Der Dritte Weg ist damit arbeitsrechtlich erledigt, weil er, mit den Worten des Gerichts, „kein gleichwertiges System“ ist und „eine Beschränkung der kollektiven Interessenvertretung“ darstellt. Die Konsequenz des Gerichts lautet: Wer bei den Verhandlungen zum kollektiven Arbeitsrecht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Parität verweigert, dem kann nicht erlaubt werden, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch noch die in Art.9 Abs.3 des Grundgesetzes verankerten Schutzrechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zusätzlich außer Kraft zu setzen. Damit ist der Streik grundsätzlich zulässig. Diese Auffassung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Kirchenleitungen und Synoden, die das Arbeitsrechtsregelungsgesetz als arbeitnehmerfeindliches, minderwertiges Recht zweiter Klasse mit viel Selbstbeweihräucherung eingeführt haben.

2. Das Gericht hat die Praxis in der kirchlich-diakonischen Arbeitswelt betrachtet und festgestellt, dass es in kirchlichen Einrichtungen Hunderttausende von Tätigkeiten gibt, die keine kirchenspezifischen Merkmale erkennen lassen. Die größte Mitarbeitengruppe in Kirche und Diakonie z.B. bilden die Frauen im Haus- und Wirtschaftsdienst. Diese Feststellung wird erhärtet durch die Beobachtung, dass die kirchlichen Arbeitgeber mit diesen Mitarbeitenden aus Kostengründen umspringen wie die weltlichen Arbeitgeber (Ausgründungen, Leiharbeit). Weil die kirchlichen Arbeitgeber sich so verhalten, ist die zusätzliche Eliminierung der Schutzrechte oder, wie das Gericht sagt, „ein Ausschluss des Streikrechts in kirchlichen Einrichtungen unverhältnismäßig.“

Gegenüber den Argumentationslinien des Gerichts ist den Vertretern von Kirche und Diakonie vor Gericht dann gar nichts mehr eingefallen, wenn auch die anwesenden Theologen meinten, mit einigen salbungsvollen Worten intervenieren zu können.

Ich habe das Urteil mit tiefer Befriedigung aufgenommen und in Ansätzen auch ein leichtes Triumphgefühl verspürt. Seit über 30 Jahren habe ich mich als Sozialethiker für Tarifverträge in der Kirche eingesetzt und bin bei den Gegnern dieser Regelung immer auf überhebliche Selbstgerechtigkeit und ideologische Verzerrung der Wirklichkeit gestoßen, wenn es das „minderwertige System“ zu rechtfertigen galt.

Ein kurzer Blick nach vorne: Das Landesarbeitsgericht hat sein Urteil ausschließlich mit arbeitsrechtlichen Überlegungen begründet. Es steht noch die verfassungsrechtliche Erörterung aus, warum es den Kirchen nicht erlaubt ist, unter Berufung auf das ihnen verfassungsmäßig gewährte Selbstbestimmungsrecht einschränkend in die in Art.9 Abs.3 GG garantierten Grundrechte einzugreifen. Für Kirche und Diakonie wird es dann noch schlimmer kommen.

Wolfgang Belitz, Sozialpfarrer, Unna“

Interessant ist die Zensur der Redaktion:

1. Von Empathie und seelsorgerlicher Achtsamkeit für die Arbeitgeberseite möchte die Redaktion öffentlich nichts hören.

2. Selbst eine leichte Ironie gegenüber kirchlich-diakonischen Führungskräften ist für das Hausorgan schon zu viel.

3. Erst recht kann es nicht angehen, dass jemand wie ich tiefe Befriedigung empfindet, wenn seine Auffassung sich mehr und mehr durchsetzt gegenüber den kirchlich-diakonischen Machthabern.

Ich bin sehr zufrieden und freue mich auf das Urteil der nächsten Instanz oder die Umkehr der Kirche auf ihrem Irrweg.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, seit über 10 Jahren ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von Wolfgang Belitz, erschienen von 1998 bis 2010, sind veröffentlicht in: **Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution.** Hg. von Walter Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Sebastian Müller

Die Demokratie ist in Deutschland direkter geworden.

Sie wird Kohlekraftwerke im Ruhrgebiet nicht mehr akzeptieren.

Wenn man über das Tauziehen um ein neues Kohlekraftwerk im Ruhrgebietsnorden, über den Weiterbau von Datteln IV schreiben will, dann muss man mit Thomas Krämerkämper reden. Thomas Krämerkämper ist Physiker und Unternehmer. Über seinen Beruf hinaus kennt er als brennender Naturschützer auch jedes Biotop in seiner Heimat und Umgebung. Er bietet seit Jahrzehnten zweifelhaften Großprojekten wie dem Neubau der B 474n, der industriellen Nutzung der Rieselfelder oder dem Neubau des Kohlekraftwerks Datteln IV die Stirn. Mit den Jahren hat Thomas Krämerkämper nicht wenig Prozess Erfahrung und Expertenwissen im Streit zwischen E.ON und den Naturschützern gesammelt. Deswegen betreut er im Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) jetzt die Klagen des BUND gegen die neuen Kohlekraftwerke in Datteln und Lünen, die E.ON und Trianel an das Flora-Fauna-Habitat Lippeaue hinbauen wollen. Er macht das ehrenamtlich und systematisch, mit unendlichem Einsatz, großer Sachkenntnis und mit einer Engelsgeduld.

Ich wollte ihn eigentlich nur zum politischen Fingerhakeln um Datteln IV interviewen. Doch aus dem Interview ist ein Gespräch über die Demokratie in unserem Land geworden, in dem Thomas Krämerkämper Sätze gesagt hat, die einem eine Gänsehaut machen: „Die Demokratie ist in Deutschland direkter geworden. Sie wird Kohlekraftwerke im Ruhrgebiet nicht mehr akzeptieren.“

Ich hatte allerdings auch gesagt: Sprechen wir über Datteln IV mit seinen bis zu 6.500.000 t CO₂-Ausstoß pro Jahr, einen Klimakiller. Dass dieses Kohlekraftwerk immer noch weitergebaut werden soll: Sieht das nicht danach aus, als gelte für jedes Energieprojekt im Ruhrgebiet noch immer: Was die Kohle- und Energieriesen RWE, E.ON, Evonik und die ihnen nahestehenden Belegschaften, Gewerkschafter und politische Klasse zur Normalität erklären, das ist Gesetz? Gehen damit tiefgreifende Wenden, wie sie industrie- und energiepolitisch im Ruhrgebiet, aber nicht nur dort, unweigerlich anstehen? Oder wie Klaus Leggewie und Harald Welzer meinen: „Es mag sich bombastisch oder alarmistisch anhören: Aber die große Transformation, die ansteht, gleicht in ihrer Tiefe und Breite historischen Achsenzeiten wie den Übergängen in die Agrargesellschaft und in die Industriegesellschaft (...). Unser Selbstbild und unser Habitus sind, nach 250 Jahren überlegener Macht, Ökonomie und Technik, noch an Verhältnisse gebunden, die es so gar nicht mehr gibt. Dieses Nachhinken unserer Wahrnehmung und unseres Selbstbildnisses hinter der Veränderungsgeschwindigkeit einer ‚globalisierten Welt‘ findet sich auch auf anderen Ebenen unserer Existenz – etwa in Bezug auf die Energie-, Umwelt- und Klimakrisen.“ (Leggewie, Claus; Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt a.M., Seiten 11, 13)

Sich heute noch für ein Kohlkraftwerk, und noch dazu in den Lippeauen, starkzumachen, das ist doch rückständig. Oder?

Thomas Krämerkämper: In Datteln ist die Moderne noch nicht angekommen. Da treiben Politik und Verwaltung der Stadt wie eh und je hauptsächlich uralte Großprojekte der Steinkohleära voran. Das E.ON-Kraftwerk ist nur eins der größeren Projekte. Am sinnentleerten Neubau der B474n und an der Planungsruine einer gewaltigen Industriefläche, am angeblichen New Park in den Rieselfeldern, schiebt die Dattelner Politik mit großem Aufwand genau so noch immer weiter – gegen viele richtige Widerstände und Einwände.

Ich gebe Thomas zu bedenken: Die Dattelner Politik hat doch wohl nicht von sich aus diese Modernisierungsverstopfung, quasi als politischen Charakter. Sie gibt sich verstopft, weil die Leithammel der industriellen Entwicklung im Ruhrgebietsnorden, Kohle- und Energieunternehmen und die an ihnen hängenden politischen und Managementeliten, ihre Rückständigkeit nach wie vor über den fossilen Entwicklungs-



pfad und die Kohlekraftwerke organisieren, mit dem sie in der Vergangenheit erfolgreich waren.

Aber Thomas meint dazu: Ich sage dir mal meine Sichtweise. Als ein am Markt handelndes Unternehmen tun natürlich ein Energieversorger wie E.ON und ihre Kraftwerksbau-Unternehmen alles, um am Markt erfolgreich zu sein, und das heißt immer, auch mindestens so gut und verlässlich wie die Konkurrenz, vielleicht sogar besser Strom zu machen. Dafür sucht sich E.ON den am einfachsten und besten verfügbaren Standort und arbeitet dort hart daran, die Politik und die Planer zu überzeugen, dass das nur an einer Stelle und mit einer bestimmten Kraftwerkskonfiguration geht. Die Ingenieure bei E.ON-Kraftwerksbau haben bestens gelernt, wie Kohlekraftwerke zu bauen sind und wie man sie rechnen muss. Da ist ihnen kein Vorwurf zu machen, dass sie das auch weiterhin machen wollen. Aber die Politik und Verwaltung nehmen die ihnen zustehenden politischen Aufgaben nicht wahr. Sie müssten die Vorhaben streng prüfen und regulieren. Sie können gesellschaftliche Perspektiven hineindenken, die am Markt nicht eingebracht werden. Aber vor allem müssen sie die Rechts- und Gesetzmäßigkeit der Vorhaben erzwingen.

Diesen Anforderungen kommen sie hier im Raum heute überhaupt nicht nach.

Naturschutzrecht, Artenschutzrecht oder Schutzrechte für die Menschen interessieren Politiker und Verwaltungen nicht, die sich an E.ON in Datteln gehängt haben. Mit Rechen- oder Verfahrenstricks wird bewusst gegen geltendes Recht verstoßen. Oder das Recht wird gebeugt oder nachträglich passend zurechtgezimmert. Darin war Rüttgers groß, der bis vor Kurzem in Nordrhein-Westfalen regierende Ministerpräsident. Er ließ nicht nur hastig klimapolitische Ziele aus dem Landesentwicklungsprogramm streichen. Einen neuen Landesentwicklungsplan Energie missbrauchte er. Ohne dass im Landesparlament auch nur ein Hauch davon beschlossen war – und damit gesetzeswidrig – hat er mit dem Entwurf die Kohlekraftwerksbauer an der Lippe ermutigt, weiterzumachen oder loszulegen. Die Menschen sind aber über das, was rechtmäßig oder unrechtmäßig ist, nicht mehr zu täuschen. Sie sind viel besser informiert als früher, oft wesentlich besser als Politiker, die nicht einmal Beratungsvorlagen lesen. Sie nutzen die Wissensquellen des Internets. Das Vorgehen von Rüttgers war dreist und genau das laxen Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, von dem Wähler und Wählerinnen die Nase voll haben, und die Betroffenen von Infrastrukturvorhaben sowieso, die sich jeden Krümel Schutz ihrer Lebensbedingungen von Gerichten – gegen die Berufspolitiker – beschaffen müssen. Deswegen wurde die Rüttgers-Regierung im letzten Herbst in die Wüste geschickt. Deswegen musste der Dr. Betrüger von und zu Guttenberg als Minister zurücktreten, und deswegen gibt es die große Bewegung gegen Stuttgart 21, die die CDU in Baden-Württemberg wahrscheinlich abwählen wird. Das ist alles auch gut gegen den Bau der Kohlekraftwerke am Naturschutzgebiet Lippeaue. Demokratie ist in Deutschland direkter geworden. Sie wird solche Kohlekraftwerke im Ruhrgebiet nicht mehr akzeptieren.

Ich sage: Der BUND hat in Frage gestellt, was in Datteln als politisch normal galt. Ihr habt mit einer De-Normalisierung von bestellten Politikerentscheidungen rund um das geplante Kraftwerk früh angefangen. Ihr wart aber nicht die Einzigen. Wogegen habt ihr geklagt?

Thomas Krämerkämper: Schon 2007, als E.ON die vorgesehene Baufläche abzuholzen begann, weil sie eine Teilgenehmigung zur Einrichtung der Baustelle hatten bzw. bekommen würden, haben wir dagegen einen Eilantrag, immissionschutzrechtlich begründet, gestellt. Es kann doch nicht sein, dass ein Kohlekraftwerk mit großen CO₂-, Stickstoff- und Quecksilberemissionen in oder nah an einem ausgewiesenen Flora-Fauna-Habitat nach europäischem Recht vom Kaliber der Lippe-Auen gebaut und es damit kaputtgemacht wird. Im Sommer wird die Lippe durch die ganzen Kraftwerke um rund 10 Grad wärmer als es dem natürlichen Zustand entspräche. Das hält kaum ein europäischer Fisch mehr aus. Wir hatten Erfolg. Es gab einen ersten Baustopp, und beim mündlichen Erörterungstermin ließ das OVG-Münster E.ON nur unter strengen Auflagen und Rückbauverpflichtungen vorläufig bis zur Hauptverhandlung weiterbauen. Etwas später begannen Herr und Frau Greiwing, Nachbarn am Kraftwerk Datteln IV, eine Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan für das Kraftwerk. Der BUND durfte damals Bebauungspläne noch nicht gerichtlich überprüfen lassen. Am 3. September 2009 wurde der Bebauungsplan phantastischerweise durch

das Oberverwaltungsgericht aufgehoben und dieses Urteil am 16.03.2010 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Wir haben gefeiert! Die Begründung war eine einzige Standpauke für die E.ON-Dattelner Politik-Connection. Sie war Punkt für Punkt richtig und beurteilte die Pläne als Gefälligkeitsplanung für E.ON. Die Richter hoben konsequent, wie sie waren, gleichzeitig die rechtswidrigen Regionalplanänderungen auf, die der Regionalrat Münster extra für Datteln IV verbrochen hatte.

Womit wir bei dem politischen Tauziehen um eine angeblich fehlerfreie und gerichtsfeste Änderung des Regionalplans wären, sage ich, mit dem aktuell der Weiterbau des Dattelner Kraftwerks verfolgt wird. Was denkst du darüber? Und wie siehst du den Beschluss des Ruhrparlaments, der Verbandsversammlung des RVR, dazu?

Thomas Krämerkämper: Es war schon klar, dass die E.ON-Dattelner Politik-Connection nach dem Datteln-Urteil den Teufel tun würde, sich mit dem Urteil einfach abzufinden und getätigte Investitionen von rund einer Milliarde Euro abzuschreiben. Eine Milliarde in den Sand zu setzen, das wäre ja ein Entlassungsgrund für jeden leitenden Manager gewesen. Die Dattelner Politiker und Planer wollen Recht behalten, und der für den abgeurteilten Regionalplan verantwortliche Bezirksplaner will noch erleben, dass er doch alles richtig gemacht hat. Es wurde, wie wir bald hörten, eine sogenannte Heilungsgruppe ins Leben gerufen, an der Leute aus allen im Prozess unterlegenen Gruppen und aus der Landesregierung teilnahmen. Die Gruppe sollte aber und wollte auch nichts heilen, sondern das Urteil aushebeln und den Weiterbau von Datteln IV doch noch irgendwie hoffähig machen.

Dort wurden sicher, sage ich, auch die beiden sogenannten Zielabweichungsverfahren für die Zulassung von Importkohle und für den Standort von Datteln IV ins Spiel gebracht, mit denen sich die Verbandversammlung des RVR Ende des letzten Jahres beschäftigen musste.

Thomas Krämerkämper: In der Verbandsversammlung liebäugeln nicht nur CDU und FDP, sondern auch schwergewichtige Sozialdemokraten mit dem Weiterbau von Datteln IV, ergänzt mich Thomas Krämerkämper. Die rot-grüne Mehrheit im RVR-Parlament hat leider den Vorschlag ihres Regionalplaners Rommelspacher nicht mit Pauken und Trompeten abgelehnt, sondern die Fortführung des Verfahrens nach einer Denkpause beschlossen, die für ein ebenfalls beschlossenes Gutachten zum Zielabweichungsverfahren genutzt werden soll. Es kommt jetzt darauf an, dass ein wirklich neutrales und kein Datteln- oder E.ON-höriges Gutachten gemacht wird. Es kann doch nicht sein, dass sich die Menschen in Datteln und Waltrop, das Ruhrgebiet und das Land NRW weitere 5 bis 6 Jahre Kräfte an diesen nicht mehr zeitgemäßen und schädlichen Weiterbau von Datteln IV und anderen Kohlekraftwerken in der Lippe-Aue verausgaben, statt an kreativen Zukunftsprojekten zu arbeiten. Wir vom BUND werden auf jeden Fall alles – auch prozessmäßig – tun, dass dieser Unsinn bald ein Ende findet.

Stefan Polónyi

Brücken für das Ruhrgebiet

Kirchen und Brücken sind Merk- und Orientierungspunkte im Stadtbild und in der Landschaft. Ebenso wie Kirchen nicht nur ein Versammlungsraum sind, übernehmen Brücken nicht nur eine Funktion für den Verkehr, sondern müssen auch, wo es angebracht ist, Akzente setzen. Um Kunstwerke zu schaffen, genügt es nicht, dass einige Künstler vorhanden sind, die in der Lage sind, sie zu schaffen, sondern es muss in der Bevölkerung die Auffassung lebendig sein, dass Bauwerke Kunst – Baukunst – sind. Diese Auffassung zu wecken und zu fördern, beabsichtigt die Bundesstiftung Baukultur. Peter Conradi, einer der Väter der Stiftung, hat die Baukultur sehr treffend definiert: Baukultur ist die Wahrnehmung der Baukunst durch die Bevölkerung.

Für manche meiner Brücken ist das Stahlrohr als Haupttragelement charakteristisch. Meine Frau war Archäologin. Sie hatte eine nette kleine Studiensammlung römischer Gläser. Sie standen auf Plexiglasgestellen in der Vitrine, wie Sie das in den Museen sehen können. Mir gefiel das nicht. Die durch ebene Flächen gebildeten Plexiglaskörper passten nicht zu den dünnwandigen, beinahe zweitausend Jahre alten Gläsern. Aus Silberdraht bog ich unterschiedliche Raumkurven, die jeweils zu einer Glasform passten. Später habe ich aus Betonstahl Böcke für Glastische biegen lassen. Wir haben auch für mehrere Großplastiken von Norbert Kricke und für den Looping in Berlin von Ursula Sax die statische Berechnung gemacht.

Ich bin von der LEG (Landesentwicklungsgesellschaft) in Dortmund eingeladen worden, sie zu einer Brücke für den Erinpark in Castrop-Rauxel zu beraten. An der Besprechung nahmen ungefähr zehn Leute teil. Ich skizzierte etwa dreißig verschiedene Lösungen schön systematisch auf Skizzenpapier: zuerst Holz, dann Stahlbeton, schließlich Stahl. Wir waren uns darüber einig, dass eine Brücke im Ruhrgebiet aus Stahl sein muss. Stahlbeton kommt für Fußgängerbrücken wegen des ungünstigen Verhältnisses Verkehrslast zu Eigengewicht eher nicht in Frage. Ich dachte an Elemente, die für die Industrielandschaft charakteristisch sind. Ich kam auf das



Bild 1 Fußgängerbrücke Erinpark, Castrop-Rauxel: 1995 (Foto: Archiv Polónyi)

Rohr. Wie wäre es, wenn wir das Rohr so bogen wie Kricke und Sax und daraus die Haupttragkonstruktion bildeten?

Eine meiner Skizzen hat der Architekt Peter Freudenthal aufgegriffen und mit mir das Rohr in den Skizzen weitergebogen. Über die große Spannweite haben wir den Steg vom Bogen abgehängt, ihn an den anderen Stellen auf die Rohrschlange aufgelegt. Peter Freudenthal wurde mutig: Wie wäre es, wenn die Rohrschlange auch mal über den Steg geführt würde? Warum denn nicht? Die Begeisterung der Mitdenker war groß. Nur eine Dame, die eben das benachbarte Bürohaus plante, bezeichnete unseren Vorschlag als ‚kranken Wurm‘. (Bild 1) Seitdem heißt die Brücke bei uns so – ein neuer Brückentyp war geboren: kalligraphische Minimal Art.

Für mich war es ein Glücksfall, dass uns auf Vorschlag von Karl Ganser die Planung der Brücken für die BUGA 1977 in Gelsenkirchen mit den Architekten Feldmeier+Wrede übertragen wurde. Die Landschaft- und Gartenplanung lag in den Händen von Wedig Pridik, der uns sehr reizvolle Aufgaben stellte. Da waren Stege und Plattform bei der Kokerei, die wir aus Elementen der Förderbandkonstruktion erstellen sollten; zwei Brücken über die Emscher sollten ähnlichen Charakter haben wie die in der Nachbarschaft stehenden. In einem Fall haben wir gezeigt, wie eine Fachwerkbrücke mit den heutigen Materialien und Möglichkeiten ausschauen sollte. In einem anderen haben wir eine schon in Vergessenheit geratene Konstruktion aufgegriffen: den Gitterträger. (Bild 2)

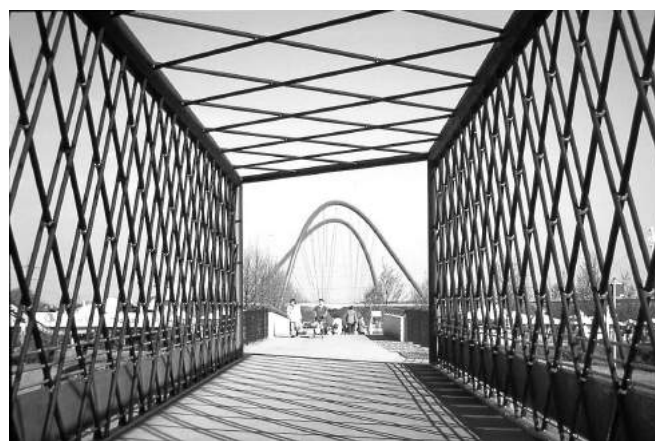


Bild 2 Brücke Mitte über die Emscher, Nordsternpark, Gelsenkirchen: 1996 (Foto: H. Leitzgen)

Im 19. Jahrhundert wurde der Gitterträger oft verwendet, dann jedoch durch die Statik verdrängt, weil man die großen Gleichungssysteme nicht rechnen konnte. Wir wählten als Material Rohr für die Gurte und Rundstahl für die Gitterstäbe. Und es gab noch einen Steg, dessen Träger wir nicht auf Stützen gelegt haben, sondern auf eine Rohrschlange.

Einen schmalen Steg kann man nicht von zwei Bögen abhängen; sie stehen dann zu nah zueinander. Bei der Erinbrücke steht ein Bogen in der Mitte des Steges. Das sieht recht interessant aus, aber stört etwas. Bei den Brücken über die Ternerdenstraße und über die Emscher haben wir den Bogen in eine Ebene angeordnet, die klinogonal, das heißt im schiefen Winkel, zur Stegachse angeordnet steht. (Bild 3) So ent-

stand ein interessantes räumliches Gebilde.



Bild 3 Brücke Ost über die Enscher, Nordsternpark, Gelsenkirchen: 1996 (Foto: H. Leitzgen)

Nach dem Plan des Landschaftsplaners sollte die Brücke über dem Dortmund-Herne-Kanal in einem Winkel von 45° zur Kanalachse verlaufen. Hier haben wir zwei Bögen in orthogonalen Ebenen zur Kanalachse angeordnet. (Bild 4) Die Kurve der Bögen ist nach statischen Gesichtspunkten festgelegt worden. Sie ergibt sich aus den Kräften der Hänger. Als



Bild 4 a und b Doppelbogen-Brücke über den Rhein-Herne-Kanal, Nordsternpark, Gelsenkirchen: 1996 (Fotos: Stadt Gelsenkirchen)



wir das Modell vorstellten, war die Begeisterung groß. Zu Hause haben wir die Kosten ermittelt und festgestellt, dass wir damit das Budget überschreiten würden. Daraufhin haben wir einen zweiten Entwurf mit nur einem Bogen angefertigt. Wir gingen mit dem Modell und eingezogenem Schwanz (das ist eine Metapher aus dem Verhalten der Hunde und Wölfe) zum Auftraggeber und wollten das Problem erläutern. Der Geschäftsführer der BUGA, Rolf Paulin, fiel uns ins Wort: „Das will ich gar nicht sehen, wir wollen den Doppelbogen auch dann, wenn es teurer ist. Dann müssen wir eben anderswo sparen.“ Von so einem Bauherrn träumen wir nur. So ein Bauherr ist nämlich ein sehr seltenes Exemplar.

Als wir den Auftrag für die Brücke beim TZU in Oberhausen erhielten, war mir klar, wie die Brücke aussehen

musste: eine Rohrschlange über der Straße mit zur Stegachse schrägem Bogen. (Bild 5) Die Vorlandbrücke war ursprünglich länger. Aus Kostengründen wurde sie leider gekürzt und die Aufschüttung vorgezogen.



Bild 5 Fußwegbrücke über die Mühlheimer Straße in Oberhausen: 1998 (Foto: Archiv Polónyi)

Wir haben diesen Brückentyp dann weiter durchdekliniert. Für die Expo 2000 in Hannover haben wir mit Claude Vasconi Variationen auf dieses Thema vorgeschlagen. Aus

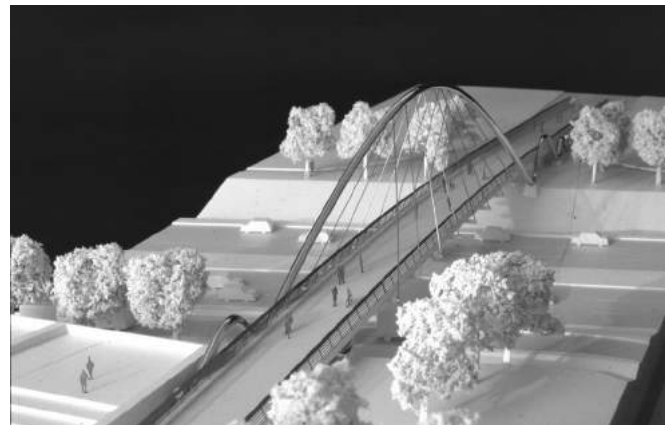


Bild 6 Brücke für Expo 2000 (Foto: C. Vasconi)

welchem Grund auch immer, der Jury waren Fahnenstangen, von denen die Stege abgehängt sind, lieber. Unser schönster Brückenentwurf mit Vasconi ist die Havelbrücke Süd. (Bild 7) Die Berliner Stadtplaner wollten aber streng genommen keine Brücke, sondern eine mit Säulen gesäumte Straße im Schinkel'schen Stil.

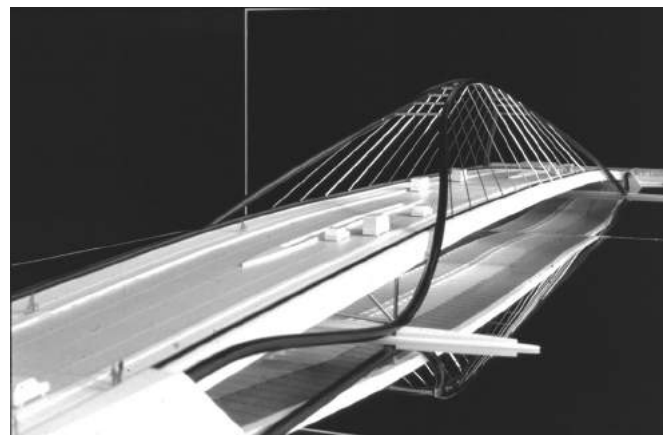


Bild 7 Südbrücke über der Oberhavel, Berlin-Spandau: 1993 (Foto: C. Vasconi)

In Dessau sollte die Stadtmitte mit dem Tiergarten verbunden werden. Der Spazierweg musste nicht gerade sein. Er sollte sich schlängeln und in einem Kreisbogen über die Mulde geführt werden. Der Stahlrohrbogen, von dem der Steg abgehängt ist, beugt sich über den Steg in einer Ebene, die 17° zur

Vertikalen steht. (Bild 8) Der Steg ist vom Bogen abgehängt, der Steg stabilisiert den Bogen. Die Brücke, das Kunstwerk, das wir mit den Architekten Kister Scheithauer Gross geplant haben, steht an einer städtebaulich und landschaftlich sehr bedeutenden Stelle in Dessau. Sie lädt die Spaziergänger ein.



Bild 8 Tiergartenbrücke über die Mulde in Dessau: 2000 (Foto: D. Münzberg)

Das Raumerlebnis wechselt von Schritt zu Schritt. Ich habe die Brücke den Liebespaaren gewidmet. Hier auf der Mitte der Brücke sollen sie sich küssen. Wie mir berichtet wurde, wird die Brücke entsprechend frequentiert.

Ich bevorzuge den Bogen. Pylone markieren die Entfernung. Der Bogen verbindet. Am anderen Ufer des Baches erblickte ich ein wunderschönes Mädchen. Ich nahm einen Bogen DIN-A4-Papier, schrieb darauf „Ich liebe Dich!“, wickelte einen Stein ins Blatt und warf es über das Hindernis. Von der Flugbahn des Steins hänge ich den Steg ab.

Nun noch ein Wort zu den Kosten. Eine Objektkunst-Brücke muss nicht teurer sein als eine herkömmliche Brücke. Hier fällt mir eine Geschichte ein: Ein Mann geht in einen Juwelierladen. Die Verkäuferin fragt ihn: Ist es für die Frau Gemahlin oder kann es etwas Anspruchsvolleres sein? Ja, es kann, es soll etwas Anspruchsvolleres sein. Für uns, für unsere Kinder, für unsere Nachfahren.

Als ich die Brücke über die Duisburger Straße dem Oberbürgermeister Burkhardt Drescher übergeben hatte, sagte ich: Sie haben uns eine Fußgängerbrücke in Auftrag gegeben. Wir haben eine Stahlskulptur erstellt, die Sie, wenn Sie wollen, auch als Brücke benutzen können.

Es müsste eine Selbstverständlichkeit sein, dass Brücken Kunstwerke sind. Leider wird diese Forderung nur selten erfüllt. Das Ruhrgebiet stellt hier eine Ausnahme dar. Diese Forderung sollte nicht nur bei Fußgängerbrücken gestellt werden, sondern auch bei Straßen- und Eisenbahnbrücken.

Bei der Brücke Ripshorster Straße hatten wir die Gelegenheit, durch zwei Rohrsinuskurven, in deren Nullebene sich die Fahrbahnplatte befindet, die Bewegung, die auf der Brücke stattfindet, zu symbolisieren. (Bild 9)

Wir erwarten von den Politikern und auch von den Ämtern, dass sie weiter voraussehen. Wir müssen uns damit beschäftigen, wie das Ruhrgebiet in dreißig Jahren ausschauen soll. Die IBA darf nicht Vergangenheit sein. Sie muss fortgesetzt werden, sie muss weiterleben, sie muss gelebt werden.



Bild 9 Brücke Ripshorster Straße in Oberhausen: 2008 (Foto: G. Schülke)

Durch eine Reihe von Workshops und Ausstellungen müssen wir die ‚Vision Ruhrgebiet‘ entwickeln und damit die Sensibilität der Bevölkerung für ihre Umgebung, für ihre gebaute, gestaltete Umwelt wecken. Die Vision Ruhrgebiet wird mit dem Ziel entwickelt, von Dortmund bis Duisburg eine Ruhrstadt zu bilden. Diese beginnt bei der politischen und kulturellen Kooperation der Städte. Was die Kultureinrichtungen betrifft, ist diese Region so reich wie kaum ein anderer Fleck in Europa. Wichtig wäre, die einzelnen Kulturzentren, damit auch Kommerzcentren, verkehrstechnisch miteinander zu verbinden. Selbstverständlich wird man die bestehenden Verkehrssysteme weiterentwickeln, sie perfektionieren, wozu man viele schöne Brücken bauen muss, die auch besondere Merkmale des Reviers sein sollten. Das sind die Nahziele. Aber parallel dazu sollte man über neue Verkehrssysteme nachdenken. Hier bieten sich zwei Ansätze an: in der Erdentiefe, wo die Nibelungen wohnen, und in der Höhe. Mit der hier vorhandenen, hoch entwickelten Bergbautechnik könnte man ein unterirdisches Netz für rohrpostartige Befördersysteme bilden. Hierfür gibt es bereits verschiedene Entwicklungen, die in eine Gesamtstudie einbezogen werden müssten. Zugleich müsste untersucht werden, wie eine Ergänzung des Verkehrssystems durch eine Hängebahn ausschauen würde. Dabei denke ich an die H-Bahn der Universität Dortmund und an die Bahn am Düsseldorfer Flughafen. Ich meine, dass die Fernerschließung ausreichend ist. Was wichtig wäre, ist eine schnelle Innenschließung. Die Planung einer Region kann sich nur kurzfristig an den finanziellen Möglichkeiten orientieren. Langfristig müssen tragfähige Konzepte entwickelt werden, für die dann schrittweise die finanziellen Mittel zu besorgen sind.

Stefan Polónyi, geb. 1930 in Gyula/Ungarn. Seit 1957 Ingenieurbüro mit diversen Partnern in Köln. 1965 – 1973 o. Professor für Tragwerkslehre TU Berlin. 1973 – 1995 Universitätsprofessor für Tragkonstruktionen Universität Dortmund. Mitbegründer der Fakultät für Bauwesen und des Dortmunder Modell Bauwesens. 1985 Dr.-Ing. E.h. Universität Kassel, 1990 Dr. h.c. TU Budapest, 1999 Dr.-Ing. E.h. TU Berlin. Mitglied der Akademie der Künste. 2007 externes Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Auszeichnungen u.a.: Médaille de la Recherche et de la Technique (Académie d'Architecture, Paris) 1993, Großer DAI-Preis 1998, Standing Structure Award Glashalle Leipziger Messer 2000, Renault Trafic Design Award Dortmund-Hernekanal-Brücke Gelsenkirchen 2001, Palotas-Award Ungarn 2008. Brücken im Ruhrgebiet: 1996: Doppelbogenbrücke im Nordsternpark Gelsenkirchen zur Bundesgartenschau, 1997: Gitternetzbrücke ebendorf, 1997: Stege West ebendorf, 1997: TVZ-Fußgängerbrücke in Oberhausen.

Claus Bredenbrock

Französische Truppen im Revier – Der Ruhrkampf 1923

Prolog

In diesem Jahre feiert die Firma Krupp in Essen ihr 200-jähriges Bestehen, im Jahre 2014 werden sich Deutsche und Franzosen an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs erinnern. Zwischen beiden Daten besteht ein Zusammenhang: schon im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, dann aber verstärkt im Ersten und später auch im Zweiten Weltkrieg war Krupp und Essen die „Waffenschmiede des Reiches“. Mit Rüstung wurde und wird sehr viel Geld verdient, auch heute ist der Konzern „Thyssen/Krupp“ wieder ein „Global Player“ für Kriegsgerät. Zwischen 1914 und 1918 wurden sowohl bei Kriegsbeginn als auch gegen Ende des Krieges mit Waffen der Firma Krupp Kriegshandlungen von besonderer Symbolkraft begangen, deren militärischer „Nutzen“ gering, deren propagandistische Wirkung jedoch das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland für Jahrzehnte beschädigen sollte: Bereits in den ersten Kriegstagen war die Kathedrale von Reims von deutscher Artillerie systematisch unter Beschuss genommen und weitgehend zerstört worden. Ziel dieser Bombardements war es, Frankreich zu demütigen und, angeblich, die Zerstörung des Doms zu Speyer im Jahre 1689 durch die Truppen Ludwig XIV. zu vergelten. Zum Ziel der Aggression durch den protestantischen Hohenzollern Kaiser Wilhelm II wurde die katholische Kathedrale auch wegen ihrer Bedeutung als Krönungsort der französischen Könige und Zentrum des französischen Katholizismus. Als 1918 der Erste Weltkrieg für die Truppen Kaiser Wilhelms bereits verloren war, kamen aus den Krupp'schen Werkstätten noch einmal Geschütze gegen Paris zum Einsatz, die eine Reichweite von über 100 km hatten und eigens für diesen Zweck den Namen „Paris-Geschütz“ trugen. Insgesamt wurden in Paris 256 Zivilisten getötet und 620 verwundet, davon gab es allein 88 Tote und 68 Verwundete bei einem Volltreffer auf die Pfarrkirche Saint-Gervais-Saint-Protais während des Karfreitags-Gottesdienstes am 29. März 1918 nachmittags. Die Kirche liegt in unmittelbarer Nähe von Notre Dame und dem Pariser Rathaus, den eigentlichen Zielen des Artilleriebeschusses.

Der Ruhrkampf

Januar 1923: Das Rheinland ist seit Kriegsende 1918 von amerikanischen, britischen, französischen und belgischen Truppen besetzt. Von dort aus marschieren jetzt französische und belgische Truppen auch in das Ruhrgebiet ein. Die Begründung: Das Deutsche Reich habe angeblich Reparationszahlungen, die der Versailler Friedensvertrag vorsieht, verschleppt. Die einrückenden Soldaten sollen deshalb Kohlenlieferungen als Reparationen sicherstellen. Die Alliierten aus Großbritannien, den USA und Italien sind darüber informiert. Insgesamt marschieren nach und nach bis zu 60.000 Soldaten mit Panzern, Kanonen und Bajonetten in die Region

zwischen Essen und Dortmund ein.

Den Menschen in Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund erscheint es so, als sei der I. Weltkrieg, der ja außerhalb Deutschlands getobt hatte, nun mit Verspätung doch noch an der Ruhr angekommen. Der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré besteht auf einer lückenlosen Erfüllung des Versailler Vertrages. Außerdem würde er gerne das Ruhrgebiet einer vollständigen französischen Kontrolle unterwerfen. Sein deutscher Gegenspieler ist der konservative und parteilose Reichskanzler Wilhelm Cuno. Er reagiert auf die Besetzung des Ruhrgebiets mit dem Aufruf an die Bevölkerung des Reviers, passiven Widerstand zu leisten. Die Reichsregierung ordnet an, nicht mit den Besatzungstruppen zusammenzuarbeiten. In seltener Einmütigkeit begeben sich sowohl die Arbeiter und Angestellten als auch die Unternehmensleitungen in einen „unbefristeten Arbeitskampf“. Gemeinsam machen sie Front gegen einen dritten Gegner, die Besatzungssoldaten, die sofort die Region mit einer Vielzahl von Verordnungen, Erlassen und Befehlen überziehen. In den Städten des Ruhrgebiets protestieren Rat und Verwaltung immer wieder mit einstimmigen Ratsbeschlüssen gegen die französische Besatzung. Unabhängig von der Parteizugehörigkeit hält man die Besatzung für rechtswidrig. Die Franzosen sind Feinde!



Zwischenfall bei Krupp

Wohl nicht zufällig kommt es bei Krupp in Essen zum schwersten Zwischenfall der Besatzungszeit. Gerade hier wollen die Franzosen jetzt ausgebliebene Reparationen einreiben. Am 31. März 1923, Karsamstag um 7 Uhr früh, besetzen ein Offizier und elf Soldaten die Wagenhalle, sofort ertönen sämtliche Werkssirenen, um die Belegschaft zum Ort des Geschehens zu mobilisieren. Tausende finden sich vor der Wagenhalle ein. Eine brisante Situation, bei der sich weder Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der in seinem Büro sitzt, noch sonst irgendjemand aus der Geschäftsleitung blicken lässt. Gegen halb elf werden die Sirenen ausgestellt. Aber die Menge kehrt nicht wie verabredet an ihre Arbeitsplätze zurück. Die Situation eskaliert. Man kann davon ausgehen, dass die Franzosen angenommen haben, sie würden überfallen, denn die Massen dringen von allen Seiten in die Halle ein, auf dem Dach hört man plötzlich auch Fußtritte und dann gehen die Franzosen nach draußen, schießen willkürlich in die Menge, verletzen 2 Demonstranten schon tödlich, 49 werden verletzt und von den Verletzten sterben dann noch einmal 11 weitere im Krankenhaus.

Der „Blutige Karsamstag“ in Essen löst eine Flut von Protesten aus. Eine Teilnahme des Reichskanzlers und seiner Minister an der Beerdigung ist unmöglich. Für Mitglieder der Reichsregierung gilt Einreiseverbot. Am 10. April 1923 kommt es in Essen zu der größten Trauerkundgebung in der Geschichte der Stadt. Die Kommunistische Partei führt für ei-

nen getöteten Genossen einen riesigen Sowjetstern aus roten Asten mit. Alle Betriebe und Geschäfte haben geschlossen, weder auf den Schachanlagen noch in den Behörden wird gearbeitet, in ganz Deutschland läuten die Glocken. „Sämtliche Parteien von rechts bis links mit schwarz-weiß-roten Kranzschleifen und Roten Fahnen zogen einträchtig hinter den Toten her“ schreibt die Kölnische Zeitung. Vorbei an den Spalierstehenden Menschen aus dem gesamten Ruhrgebiet werden die Särge zum Essener Südwestfriedhof geleitet. „Sie starben für deutsche Freiheit“ sagt Krupp von Bohlen und Halbach in seiner Trauerrede. Von den französischen Soldaten ist niemand zu sehen. Ihnen wurde befohlen, in ihren Unterkünften zu bleiben. Die Gräber der Getöteten gibt es noch. Doch mit den Namen verbindet heute kaum noch ein Besucher des Essener Friedhofs die Ereignisse des Jahres 1923.

Krieg im Frieden

Für den passiven Widerstand hat die NSDAP im Ruhrgebiet, damals noch eine Splittergruppe, nur Verachtung übrig. Von einem Hotel in der Essener Innenstadt aus organisiert der Nationalsozialist Albert Leo Schlageter Anschläge und Attentate auf die Besatzungstruppen und hält die Verbindung zu den Sprengkommandos. Er wird gefasst, zum Tode verurteilt und als einziger Deutscher in der Zeit der Besatzung auch hingerichtet, da man ihn für einen der Hauptverantwortlichen bei den Anschlägen hält.

Ihren Höhepunkt erreichen die Attentate am 30. Juni 1923: Auf einen mit Soldaten besetzten Personenzug wird bei der Hochfelder Rheinbrücke in Duisburg ein Bombenanschlag verübt. Die Explosion tötet 18 belgische Soldaten. Eine Verkehrssperre ist die Antwort: Die gesamte Besatzungszone wird zunächst für zwei Wochen hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt.

Im August 1923 wird Gustav Stresemann neuer Reichskanzler und Außenminister. Der passive Widerstand wird auf seine Initiative hin im September abgebrochen. Nach zähen Verhandlungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern USA, Großbritannien und Frankreich verlassen die französischen Truppen im Juli 1925 das Ruhrgebiet. Gustav Stresemann und Aristide Briand erhalten für ihre Ausgleichsbemühungen den Friedensnobelpreis.

Epilog

Auch im Zweiten Weltkrieg wird das Ruhrgebiet wieder zur „Waffenschmiede des Reiches“, Krupp zum führenden deutschen Rüstungskonzern. Dass es dann Konrad Adenauer und Charles de Gaulle dennoch gelungen ist, ein deutsch-französisches Freundschaftsabkommen zu schließen, wirkt vor dem Hintergrund der beiden Weltkriege fast wie ein Wunder. Vielleicht lag es ja daran, dass beide Männer nicht unmittelbar in Kriegshandlungen verwickelt waren: Adenauer war vor dem Ersten Weltkrieg „untauglich“ gemustert worden, de Gaulle wurde zu Beginn des Ersten Weltkrieges gefangen genommen und verbrachte den Krieg in deutscher Gefangenschaft.

Claus Bredenbrock, geboren 1947 in Gelsenkirchen, 1968 – 1976 Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften in Bochum und Toronto/Kanada und Lehrtätigkeit an einer Berufsbildenden Schule im Ruhrgebiet. Nach Forschungsaufenthalten u.a. in Birmingham/England seit 1982 freier Journalist bzw. seit 1986 freier Autor von Hörfunk- und TV-Magazinbeiträgen sowie eigener Fernsehfilme. Lebt in Bochum.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



April 2011 - ca. 200 S. - ca. € 24,90
ISBN: 978-3-89691-873-4

Die Erinnerung an die alliierten Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945 bildet die Grundlage für Henning Fischer, um den Charakter kollektiver Erinnerung und ihrer Funktionalisierung in der Politik der deutschen Staaten seit 1945 zu untersuchen. Dabei vereint er den Entwurf eines kritischen Begriffs von Erinnerung, eine historiografische Skizze Dresdens im Nationalsozialismus und eine zeitgeschichtliche Betrachtung der aktuellen Geschichtspolitik der Berliner Republik und schlägt vor, kollektive Erinnerung als Teil des nationalen Alltagsbewusstseins zu beschreiben: Als nationale (Opfer-)Erinnerung entortet sie die Geschichte in den Mythos und verwandelt sie in die Tradition der Nation. In Dresden konzentrieren sich seit einigen Jahren die gegenläufigen Facetten aktueller deutscher Erinnerungspolitik. Am Geschehen, das sich alljährlich zwischen dem Erinnerungsort Frauenkirche, dem öffentlichen Opfergedenken und der größten neonazistischen Demonstration in Europa abspielt, präsentieren sich nicht nur die wichtigsten Dynamiken des deutschen Umgangs mit der Geschichte des Nationalsozialismus, sondern auch die kollektiven Erinnerungen als Teil der nationalen Identität.



Rolf Euler

Ruhrgebiet: AufRuhr? Widerstand!

Es war einmal – eine große Zahl von Bergleuten, Stahlarbeitern, Eisenbiegern und Schweißern, Montiererinnen und Näherinnen, Formern und Schleppern, Kranführerinnen und Straßenbahnfahrerinnen, Kokern und Ladern, Sekretärinnen und Kassiererinnen, Transporteuren und Packerinnen, Elektrikern und Schlossern, „Künstlern“ aller Fachrichtungen und Arbeitsanforderungen, Ecken- und Tresenstehern, Budenbossen und Budenbesitzern ...

Bei Durchsicht (nicht nur) der Fotos der Ausstellung „Alles immer wieder anders“ im Ruhrmuseum fallen Dir doch Menschen auf, die man seit Zeiten nicht mehr in Arbeit und in Aktion gesehen hat. Das Ruhrgebiet steckt voller Geschichten, der Strukturwandel hat Menschengesichter, und viele Arbeiten und Ausbildungen gibt es einfach nicht mehr.

Darüber wurde oft vergessen – und wurde in Zeiten von Kulturhauptstadt gern an der Seite gehalten –, dass dieser Strukturwandel von Protesten und Widerstand begleitet war. Sowohl beim Aufbau der Industrie, begleitet von Bergarbeiterstreiks und Gewerkschaftsgründung, als auch beim Abbau. Stille und laute Proteste sprachen Ruhrgebietsprache.

Stilllegung hunderter Textilfabriken – so vieler Frauenarbeitsplätze: Proteste blieben eher still.

Stilllegung eines Stahlwerks – so vieler Männerarbeitsplätze: Proteste durchs ganze Revier. Mir verbinden sich die aktuellen Bilder aus Ägypten mit den gewussten Vergangenheiten im Revier, seien es Arbeiterstreiks, Studentenproteste, Notstandsdemos, Siedlungswiderstand gegen Abriss, Ostermärsche, hunderttausend Menschen aller Schichten gegen Stilllegungen.

Über die Bergleute und ihren Widerstand sammelten vor Jahren Wissenschaftler ein Buch: „Bis vor die Stufen des Throns“ hieß es. Soll sagen: Nie hat es eine ernsthafte Gefährdung der Regierung von Kaiser und Kanzler, Kapital und Direktoren gegeben, außer in wenigen Tagen während und nach den Katastrophen-Kriegsenden des kurzen 20. Jahrhunderts.

Rote Ruhr-Armee – fast schon getilgt aus dem Ruhrgedächtnis, die Gräber versteckt. Antifaschistischer Widerstand – selten erinnert, dass die Gräuel des Faschismus für viele politisch Tätige aus dem Revier 1933 mit den Emsland-KZs begannen, in denen die Nazis für später „geübt“ hatten, wie mit Opposition und dann Juden umzugehen.

Auch in den 50er Jahren, als unter Adenauer der Spruch aufkam (oder wiederholt wurde): Wenn es an der Ruhr brennt, reicht das Wasser im Rhein nicht zum Löschen – wurde doch der Rhein nicht ernsthaft benötigt, um den Widerstand klein zu halten. Auch die Kumpel, die 1997 am Zaun des Kanzleramtes in Bonn rüttelten, zwangen keinen zum Rücktritt. Es befriedete, dass der Strukturwandel mit Anpassungsmaßnahmen für viele Betroffene verbunden wurde. Für die Frauen aus der Textil- und Elektroindustrie eher nicht, für Bergleute und Stahlarbeiter dagegen deutlich. Im Interesse des Reichtums nur gerade so viel, wie unbedingt nötig, um das Grundsätzliche nicht zu gefährden:

Am Ruhrgebiet und seinen Menschen muss verdient werden.

In und durch die Arbeit, in und durch den Konsum.

Aldi ist hier geboren.

So genügt es uns nicht, dass in der genannten Ausstellung auch Fotos von Protesten zu sehen sind. Museum reicht nicht. Während der Kulturhauptstadt wurde der Begriff „AufRuhr!“ für ein Ereignis des 13. Jahrhunderts, den Mord an dem damaligen Kölner Erzbischof, verwendet. Da gab es weder ein Ruhrgebiet, noch einen Aufruhr im Sinne der 70er und 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als vor allem die Stahlarbeiter und Bewohner von Hattingen und Rheinhausen zu Recht diesen Begriff prägten. So viel Geschichtsehrlichkeit muss sein!

An einigen Kunstorten der Emscherinsel lag eine Zeitschrift aus: „Brennende Emscher – Protestzeitung Nr. 1, Kulturhauptstadt 2010“. Diese Zeitschrift versammelt die Aktionen der Bergleute seit fast 200 Jahren, beginnend mit Petitionen von 1818, endend mit der Aktion vor dem NRW-Landtag von 2007. Alle Kämpfe und Protestformen, alle wilden und geregelten Streiks werden genannt und in die Geschichte eingeordnet. Die Bilder dazu erscheinen auf dem ehemaligen Faulturm der Kläranlage Herne als Mosaik – ein Kunstobjekt, das wohl stehen bleibt.

Ist den bewussten RuhrbewohnerInnen und AMOS-LeserInnen das genug?

Rolf Euler, Mitgründer von AMOS, Bergmann auf der Zeche General Blumenthal in Recklinghausen, jetzt im Ruhestand mit Bedarf an kommunitären Zuständen

Lesetipp

von Georg Leifels

Franz Kafka, Kafka, mit Bildern von Stefanie Harjes
Ravensburger Buchverlag, 128 Seiten gebunden,
ISBN 978-3-473-35308-8

Wer liest, dem stellt sich Kafka bald in den Weg. Womöglich als Hindernis, Weckruf, Markierung oder als handfeste Erschütterung. Kafkas Texte entziehen sich jeder bekannten Form. Er schuf eine neue, weil er mit Fragmenten, Bedeutungen, Verfremdungen und Verwirrungen arbeitete. Können Bilder einer zeitgenössischen Künstlerin den Dialog mit diesen wortmächtigen Texten aufnehmen? Stefanie Harjes versuchte es, ging ohne Faden in das kafkaeske Labyrinth, verlor sich, verwandelte sich wie Gregor Samsa und hinterließ uns Bilder von eindringlicher Dynamik und faszinierender Tiefe. Der Schlüssel zu diesen Bildern liegt in uns, wenn wir die Anstrengung nicht scheuen. Oder wie singt es André Heller unnachahmlich treffend: „Die wahren Abenteuer sind im Kopf und sind sie nicht im Kopf, dann sind sie nirgendwo!“ Kafka und



Harjes teilen das Schicksal des Grenzgängers. Nur wer das Fremde im Eigenen findet, ist zu solchen Texten und Bildern fähig. In den Worten Kafkas: „Verkehr mit Menschen verführt zur Selbstbeobachtung“. Stefanie Harjes lässt uns dazu auf einer Doppelseite in die verführerischen Bilderspiegel schauen. Ein mutiges, zeitloses Buchprojekt!

Georg Leifels, Jahrgang 1951, weiteres siehe AMOS 1|2010, S. 19

„... dann könnte vom Ruhrgebiet geradezu eine Art Welt-Revolution ausgelöst werden.“

Peter Sloterdijk



Klaus Engel | Jürgen Großmann | Bodo Hombach (Hg.)

PHÖNIX FLIEG!

DAS RUHRGEBIET ENTDECKT SICH NEU

Im Herzen Europas gelegen, hat der Lebensraum zwischen Emscher und Ruhr ein großes Potenzial. Autorinnen und Autoren aus Kultur, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen in profilierten und meinungsfreudigen Beiträgen die Zukunftsperspektiven des Ruhrgebiets dar. Der Band regt einen notwendigen und fruchtbaren Dialog an.

672 Seiten, Hardcover, 24,95 Euro, ISBN 978-3-8375-0425-5

Peter Liedtke

Pixelprojekt_Ruhrgebiet

Digitale Sammlung fotografischer Positionen als regionales Gedächtnis

Welche Informationen haben wir von der Vergangenheit? Wie bewerten wir das Jetzt? Und wie treffen wir Entscheidungen für das Morgen?

Sowohl für die Darstellung der Vergangenheit als auch für die Wahrnehmung des Jetzt spielt unter anderem das Bild und in der neueren Zeit das fotografierte oder gefilmte Bild eine wesentliche Rolle. Es dient nicht selten als Beleg für ein bestimmtes Ereignis und die daran beteiligten Personen, Gegenstände und Gebäude. Es zeigt uns, wie ein Mensch aussieht, eine Stadt, eine Landschaft, ein Land oder auch ein Sozialraum.

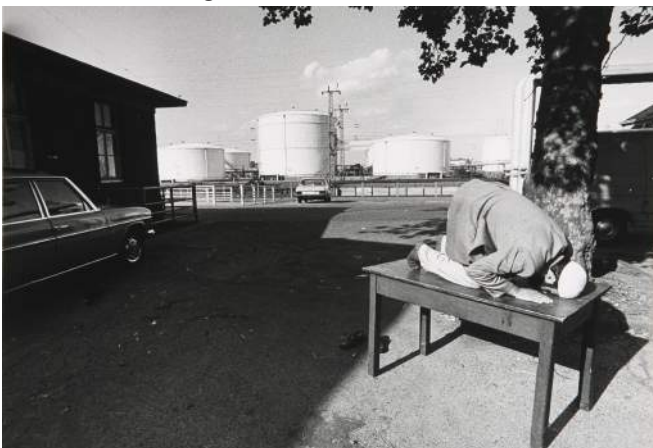


Jens Sundheim: aus der Serie „Dortmunder Strände“, 2005 (OiF)

Doch welche Bilder von was gelangen wie in die Kommunikation?

Dass man mit Bildern manipulieren kann, ist zumindest seit dem Dritten Reich bekannt, und dass es noch heute unglaublichen Erfolg hat, sieht man an dem andauernden Macht-erhalt des Medienmoguls Silvio Berlusconi in Italien.

Doch Fotografen – zumindest die, die ihrem Beruf ernsthaft nachgehen und nicht zur Schnappschussfraktion gehören – schaffen keine Abbilder, sondern Interpretationen der Welt. Nicht selten arbeiten sie tage- oder wochenlang, z.T. sogar über Jahre und Jahrzehnte zu einem bestimmten Thema und dringen ein in die auf den ersten Blick nicht erkennbaren Zusammenhänge. Die Bilder, die sie so schaffen, lassen



Henning Christoph: aus der Serie „Türken im Ruhrgebiet“, 1985

sich auch nicht eins zu eins lesen, sondern bieten Wahrnehmungs- und Interpretationsräume einer subjektiven Wirklichkeit. Vielleicht sollte man diese Bilder daher auch eher Kunst nennen, was den oberflächlich betrachtenden Rezipienten bis



Olaf Mahlstedt: aus der Serie „Billigläden“, 2007 (OiF)

heute häufig noch schwerfällt. Obwohl schon ein einziges hervorragendes Bild eine komplette Geschichte zu erzählen vermag, wird die Intention des Fotografen häufig genug erst in dessen Serien deutlich. Dabei geht es ihm in der Regel um mehr als das Malen mit Licht oder die Komposition des Bildes. Es geht ihm um eine Aussage, um Kommunikation und häufig genug um Veränderung. Seine Technik und seine handwerklichen Fähigkeiten sind dabei eher das Vehikel für die Darstellung. Jedoch ohne Beherrschung der Technik oder ohne einen guten und angemessenen Stil und ohne eine eigene Bildsprache bleibt jedes Bild banal und nur beschränkt kommunikationsfähig.



Herman Dornhege: aus der Serie „Rhein-Herne-Kanal“, 1982

Wie gelangen nun aber die Aussagen dieser Autorenfotografen in die Öffentlichkeit und wie erhalten sie einen angemessenen Rahmen? Eine der Möglichkeiten ist die Veröffentlichung in einem der großen Magazine, wobei hier der Platz für Fotos sehr beschränkt ist und nicht selten Redaktion und Artdirektion die Auswahl, Größe und Platzierung bestimmen, eine andere in der Veröffentlichung in einem Buch und eine letzte in der Zeigung in einer Ausstellung. Doch alle diese Formen haben das Problem, dass man die Werke nur zeitlich und räumlich beschränkt sehen kann. Wenn das neue Magazin

herauskommt, ist das alte Schnee von gestern, wenn das Buch vergriffen ist, ist es quasi vom Markt, und wenn die Ausstellung vorbei ist, kommen die Fotos wieder in Schachteln und Schubladen.



Klaus Baumanns: aus der Serie „Betonfreie“, 1987

Mit der Erfindung des Internets haben sich nun plötzlich ganz neue Möglichkeiten auch für das Bild ergeben. Das, was ins Netz gestellt wird, ist immer und überall aufrufbar. Es ist jederzeit ergänzbar und die Datenmenge spielt kaum eine Rolle. Eine noch wesentlichere Rolle spielt aber die Tatsache, dass die Veröffentlichung im Netz auch fast ohne Budget machbar ist. So kann es sein, dass auch Bildserien, die nicht die Interessenlage von Konzernen oder anderen potenziellen Geldgebern erfüllen, in die Öffentlichkeit gelangen.

Doch das Netz hat andere Tücken. Es gibt nichts, was es im Netz nicht gibt, und die Frage nach der Qualität der Beiträge wird zunehmend bedeutsam für den User. So entstehen auch immer mehr Plattformen, die Beiträge bündeln, durch ein Qualitätsmanagement überzeugen und treue Anhänger finden.



Annette Joank, Anne Lass, Patricia Neligan, Almut von Pusch:
aus der Serie „Probesitzen“, 2004

Unter diesen Gedanken ist das Pixelprojekt_Ruhrgebiet 2002 entstanden.

Pixelprojekt_Ruhrgebiet sammelt Bilder, die im Laufe von Jahrzehnten als Produkt der seriellen Auseinandersetzung einzelner Fotografinnen und Fotografen mit Themen der Region entstanden sind. Als autonomes Kunstprojekt in den Händen der Fotografen bildet es dabei ein Gegengewicht zu den üblichen Instrumenten des lediglich „bebildern“ Regionalmarketings und schafft gleichermaßen Aufmerksamkeit durch künstlerische Qualität, wie Glaubhaftigkeit durch Un-

abhängigkeit. Und mehr noch, es betreibt visuelle Forschung nach Ursprung und Ziel einer regionalen Entwicklung, ohne dabei Antworten liefern zu können, aber mit neuen Bildern für neue Entwicklungen.

Über die Qualität der aufgenommenen Arbeiten wacht eine unabhängige Jury von Fotografiefachleuten.

Aktuell sind im Projekt 315 Fotoserien von 198 Fotografen mit mehr als 5.500 Einzelbildern. Am 21. Mai 2011 soll das Projekt gleichzeitig mit einer Ausstellung um die Neuaufnahmen 2010/2011 (die Finanzierung vorausgesetzt) ergänzt werden.

www.pixelprojekt-ruhrgebiet.de

Peter Liedtke, geboren 1959 in Gelsenkirchen, lebt in Herne. Studium an der GHS Essen Kommunikationsdesign mit dem Schwerpunkt Fotografie, Fernlehrgang Ökologie an der Universität Tübingen. Themenschwerpunkt nach Jahren der Sozialreportage im In- und Ausland seit 1989 der Wandel im Ruhrgebiet. Arbeiten zur IBA Emscherpark. Seit 1993 Entwicklung und Leitung verschiedener Netzwerkprojekte (Fotografie). Seit 2002 Entwicklung und Leitung des Pixelprojekt_Ruhrgebiet als digitale Sammlung fotografischer Positionen als regionales Gedächtnis. Seit 2008 Entwicklung und Leitung von bild.sprachen und der gleichnamigen Messe für angewandte Fotografie im Wissenschaftspark Gelsenkirchen. Seit 2009 Editor und Galerist der Galerie Hundert. Mitglied im Deutschen Werkbund und in der DGPh (Deutsche Gesellschaft für Photographie). Ausstellungen und Projekte – auch weltweit, zahlreiche Veröffentlichungen. www.fotoprojekte-liedtke.de

Einladung

ZU NEUEN UFERN

Tagung im Wissenschaftspark Gelsenkirchen
Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen
Samstag, 28. Mai 2011, 9.00 bis 18.00 Uhr

Thema der Tagung ZU NEUEN UFERN ist der Wandel der Natur- und Kulturlandschaft an Fließgewässern. Im Mittelpunkt stehen Fragen wie „Inwieweit können Planer dazu beitragen, dass aus Meideräumen und wiedergewonnenen Naturräumen am Fluss bleibende Naturerlebnisräume werden?“ oder „Welche Ansätze aus anderen Fachbereichen können dazu dienen, Menschen dazu zu bewegen, Fließgewässer zu erleben und sich darum zu kümmern?“

Die Emschergenossenschaft und Partner laden zu einem interdisziplinären Austausch ein.

Das Tagungsprogramm in Kürze:

Vorträge:

- Prof. Susanne Frank (TU Dortmund):
Wem gehört der Raum am Fluss?
- Dipl.-Ing. Susanne Zeller (Uni Hannover):
Schwemmland – Transformationsprozess und Planung von Gewässern im urbanen und im landschaftlichen Raum
- Studio UC/Klaus Overmeyer, Berlin:
Flusspioniere – Neue Lebenslust und Kreativität am Wasser

Arbeitsgespräche:

1. Renate Janßen (Fachstelle Interkulturelle Mädchenarbeit NRW):
Wildnis und wilde Gartenlust im grünen Korridor der Flüsse. Die Kultivierung des Bodens
2. Michael Roth (TU Dortmund), Prof. Christoph Schaden (Hochschule für angewandte Wissenschaften, Nürnberg):
Gedankenpfade und Merkzeichen – der Fluss und sein Raum als Ort und Gegenstand ästhetischer Reflektion
3. Dr. Carolin Rettig (Uni Osnabrück):
Spiele, Spuren, und Entdeckersinn – Bewegung am Ufer
4. Oliver Hasemann (ZwischenZeitZentrale, Bremen):
Reiche Flure – Flurreiche am Fluss. Menschen, Märkte, Plätze zwischen Handel und Hanging around

Abschlussdiskussion

Teilnahmegebühr: 35 Euro

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel.: 0231/1857138

Wolfgang Richter

Phoenix ist versunken

„Phoenix“ – einst ein Name für Kohle und Stahl – heute ein Name für das Wässern und Fluten von Erinnerungen – so hieß 2004 ein Artikel in AMOS, der skizzierte, was alles mit dem weggeräumten Stahlwerk zu versinken drohte. So begann er: „Ein wundervoller See soll in Dortmund-Hörde entstehen – Schaubilder sind farbig angelegt, Planungen sind weit gediehen, Gutachten sind angefertigt, Bürger wurden beteiligt, Pläne sind fertig und erwarten Genehmigungen. Die Finanzierung ist unsicher, aber das wird schon werden, sagt die lokale Politik.“ 2011 ist es geworden – noch nicht fertig, aber den Phantasiebildern entsprungen und neoliberale Wirklichkeit.

Versunkener Phoenix – er steht in diesem Bild für Stahl, für Stahlproduktion, für Stahlarbeit. Vor zehn Jahren wurde sie in Dortmund-Hörde plattgemacht, um es in der Sprache der Stahlwerker zu sagen, in der Sprache der Unternehmensverbände wurde den Marktgesetzen gefolgt und die Stahlwerker wurden freigesetzt. Diesen vor Ort schmerzhaften Prozess hatte ich seinerzeit auch als einen des Vergessens charakterisiert und spektakulär anmutende Planungen für das zurückgebliebene Loch im Stadtraum skizziert. Inzwischen sind die Dinge weit gediehen.

Tatsächlich wurde in der vergifteten Industriebrache „Natur“ neu hergestellt – der See, die Inseln und die Ufer, die Emscher und der Hörder Bach, die Hanglagen, das Schilfrohr, die Algen und die Weißfische – ein Paradies, zur Gänze von Menschenhand geschaffen. Drumherum entstehen 1a Wohnbauflächen und Mischgebiete, natürlich auch ein Hafen. Unter großer, zumeist empathischer Anteilnahme der Öffentlichkeit wird die Natur zurzeit künstlich mit Wasser gefüllt – je zur Hälfte mit natürlichem (Grund-)Wasser und mit aufbereitetem (Trink-)Wasser.

Die technischen und finanziellen Schwierigkeiten der Realisierung haben nur die Zeitpläne verschoben, nicht das große Ganze gefährden können. Die neue erste Adresse für Wohnen und Gewerbe kann nun der Verwertung zugeführt werden. Damit wird ein großer Kreislauf geschlossen, der unter dem Kürzel PPP bekannt und geübt ist – Public Private Partnership, das öffentliche Gemeine (Public) und privates Interesse (Private) gehen eine vertragliche Bindung (Partnership) ein. In anderen Worten: Die immer ärmere öffentliche Hand und immer reichere private Hände kooperieren – eine Idee wird geboren und politisch durchgesetzt, ein Entwickler investiert, die Kommune regelt großzügig, was zu regeln ist und feiert das Produkt. Sie wird erst später belastet, Gewinne fließen reichlich und auf vielfältige Weise an den Investor und über ihn an Dritte. So entsteht, was der Kommune nicht zuzutrauen war, und erscheint der Bürgerschaft wie ein kleines oder großes Wunder. Der Phoenix-See ist ein großes Wunder.

Wunder werfen Fragen auf, einige sollen hier skizziert werden:

- die Omnipotenz lokaler Schaffenskraft,
- die Verquickung privaten Interesses mit öffentlichem,
- die Verschleierung sozialer Beziehungslosigkeit.

Die Omnipotenz der Macher – alles können, alles machen, alles verantworten?

Während die schwindende politische Öffentlichkeit in den Städten die bewusste Verarmung der Kommunen erlebt und ahnt, wie viel sozial und kulturell Notwendiges nicht mehr aufrecht erhalten bleibt, veranstaltet die Stadt – genauer: das „urban regime“ – ein kostenträchtiges Event mit Symbolcharakter nach dem anderen, schier unerschöpflich scheinen ihre Reserven dafür zu sein. Der Phoenix-See ist das Meisterstück.

Der gewaltförmige Umgang der Kapitalisten mit den natürlichen Ressourcen – allezeit nur mühsam staatlich eingegrenzt und nie wirklich gebändigt – setzt sich hier fort: Ausgelaugte Industrieflächen werden „renaturiert“, während gleichzeitig neu flächenfressendem Gewerbe letzte grüne Flächen im Stadtplan angeboten werden. Was hochgradig widersinnig erscheint, wird kommunal und zusätzlich durch Programme von Land, Bund und/oder EU gefördert und gefordert – im Wettbewerb um privates und öffentliches Geld ist das Absahnen aus Förderprogrammen überlebenswichtig. Inzwischen buchen Strategien der Stadtentwicklung das Verückte als Standortvorteil und das Absurde als Eyecatcher im Konkurrenzkampf der Städte und Kreise um Investoren und Spekulanten. Das „Wunder“ in Hörde ist so ein Eyecatcher – er soll weltweit von der Potenz der Stadt künden.

Das industrielle Ruinenfeld, zu großen Teilen „bergbauliche Verdachtsfläche“, von aufragenden Bauten befreit, nicht aber von Fundamenten, verborgener Infrastruktur und verseuchtem Boden, war für 15 Mill. Euro – „wie gesehen“ – gekauft worden. Die Gutachter sahen einmal mehr keine großen Probleme und erfanden einen Kostenrahmen von 185 Mio. Euro. Inzwischen zerrannen weitere 30 Mio. Euro den Machern zwischen den Händen und den Malochern beim Sprengen, Baggern und Transportieren in den Untiefen der Brache. „Völlig unvermutet“ stießen sie auf großformatige Fundamentierungen und Räume im Grund. Die ehemaligen Beschäftigten des Werkes und die Anwohner hatten Ahnung, die Gutachter aber blieben ahnungslos. Es war ihr Auftrag – der See musste her, koste es, was es wolle.

Auch die Zeit zerrann zwischen den Terminplänen – das Wässern des Sees wurde immer wieder geschoben. Würde er überhaupt vom Grundwasser und dem Hörder Bach zu füllen sein? Die rettende Idee: Trinkwasser in großen Mengen zusetzen, zeitweilig 1.500 cbm am Tag: Wasser marsch! Technisch ist alles möglich, alles ist machbar, wir bezahlen alles – ist alles verantwortbar? Im Sommer dieses Jahres wird nun das Jahr 2008 eingeholt werden – da hatte der See (ohne Trinkwasser) vollgelaufen sein sollen. Manche in Hörde sorgen sich, andere schließen Wetten ab: Wird der See dicht sein oder wird dauernd das Lebensmittel Trinkwasser zugesetzt? Egal: Technisch ist alles möglich, alles ist machbar, wir bezahlen alles ...

Omnipotenz der lokalen Politik ist kein „Wunder“, sondern zur Schau gestellte ökonomische wie ökologische Unvernunft, blendende Werbestrategie, Balzerei im Konkurrenzkampf der

Kommunen und letztlich Versuch der Herrschaftssicherung.

Das Gemeinwesen als Ankermieter – öffentliche Förderung des Privaten

Die gegenüber den krisenhaften Schwankungen der Wirtschaft verstetigtere Bautätigkeit in der Stadt wird zu weiten Teilen von einem lokalen PPP-Modell gesichert – die Kommune, eine ihrer Töchter oder eine von ihr neu gegründete Gesellschaft verpflichtet sich, Teile der Objekte zu mieten, die per Wirtschaftsförderung mobilisierte private Anleger errichten. Auf dieser Basis fließen nötige Kredite. Die Kommune als Ankermieter – das funktioniert deshalb, weil sie als Konzern die größte Beschäftigterin und mithin kontinuierlichste Nutzerin von Gewerbe- und Büroflächen in der Stadt ist. Sie kann etwas zum Ankurbeln einsetzen. „Stadt in Bewegung“ – die Beschäftigten des Konzerns Stadtverwaltung verbinden diesen Werbeslogan gerne damit, wie sie im Stadtgebiet um und um gesetzt werden.

Ausgerechnet das Planungs- und Bauordnungsamt hat sein denkmalgeschütztes Amt bereits vor Jahren zugunsten eines Investors freigezogen und zahlt seitdem (Anker-)Miete an einen Versicherungskonzern. Dies zählt im Privatisierungsspiel doppelt: Einmal geht nun Miete von der Kommune an den Versicherer, und zum anderen – das angelockte Viersternehotel wollte die Immobilie dann doch nicht entwickeln – muss seitdem der Leerstand gesichert werden als Vorleistung für eine zudem zunehmend verlustreichere Privatisierung. Ein hübsches Beispiel für das Geschäftsmodell – es setzt Mittel um und um – von der öffentlichen Hand in die privaten, weit geöffneten Hände der Immobilien- und Finanzwirtschaft.

Fast hätten wir den Phoenix-See aus den Augen verloren – wir finden ihn wieder, wenn wir in ihm die Ankermiete für das gewinnträchtige Entwicklungsprojekt rund um das öffentlich geschaffene Naturereignis erkennen. Auf der Sonnenseite des Phoenix-Sees – dem nach Süden herab terrassierten Nordufer, es wird als Erstes vermarktet – sind sensationelle Baugrundstücke für Einfamilienhäuser, Stadtvillen und arriviertere Wohnprojekte abgesteckt und, wie es heißt, weitgehend verkauft. Die „Phoenix-See-Entwicklungsgesellschaft“ betreibt ihr Geschäft als Vermarktungsgesellschaft professionell: Ihr Internetauftritt präsentiert die ca. 200 Grundstücke hier in Zugschnitt, Höhenlage, Bebaubarkeit, Kosten des Erwerbs – 300 €/qm – und stetig schwindender Verfügbarkeit. Wenn die Türschilder angeschraubt sein werden, wird man sehen können, wer hier zugegriffen hat – mit Hilfe der öffentlichen Ankerleistungen wurde ein erstaunlich niedriger, weil hoch subventionierter Grunderwerbspreis im Paradies möglich.

Das Hafengelände sucht noch Investoren, aber das wird schon. Jedenfalls sind auch hier die kommunal aktiven Planungs- und Baulöwen im neoliberalen „urban regime“ vor Anker gegangen – der in Dortmund die meisten Leerstände aufstapelt, hat seine neue Hauptverwaltung direkt neben die Hörder Burg platziert. Und die Garde der Entwickler, Architekten, Ingenieure und Unternehmen ist im Gelände anwesend und stellt glitzernde Projekte vor, Glas und Ökologie wird propagiert.

Das Leben in Parallelgesellschaften – soziale Eigensucht anstelle Gemeinwesen

Das Paradies wurde nicht für den „Sozialraum Hörde“ ge-

plant und geschaffen, etwa für die hier lebenden und häufig kaum existenzsichernd arbeitenden oder erwerbslosen Menschen. Ihre Namen werden sich an den Türklingeln am Sonnenhang nicht wiederfinden. Aber viele werden – das ist die Vorgabe – herüberkommen, um den See laufen oder radeln, treibbootfahren und den Media-Markt toll finden, der den nördlichen Übergang zum alten Hörde markieren soll. Sie werden gelassen erleben, wie eine Parallelgesellschaft in ihrer Nähe wohnt und lebt. Es ist ihnen nicht neu, dass es das gibt. Es wird – das ist die Rechnung – keine Zäune oder Mauern brauchen, um sich voreinander zu sichern. Aber die „gated community“ herzustellen, wäre hier jederzeit gut möglich – das sagt der Lageplan.

Es gehört zur gefühlten Omnipotenz der Herrschenden, dass sie die Kälte und Rigorosität der asozialen Parallelität der Lebenswelten heute wie selbstverständlich zur Normalität erklären. Die Rede geht nicht so, aber die Denke läuft etwa so: Die da unten können doch, wenn sie nahe genug leben, denen da oben den Alltag sichern, ihnen die Stadtvilla putzen, den Garten in Schuss halten, ihre Babies und ihre Veteranen windeln, am liebsten zu Niedrig- oder Hungerlöhnen oder für ein Vergelt's Gott. So macht Nähe ja doch Sinn und ist besser als damals die Mädchenkammer, die den Hausherrn ständig in Versuchung führte.

Erschütterungen der Bourgeoisie stellen sich heute woanders her – in den angekündigten Anstürmen geografisch aus dem Osten und Süden, sozial aus den imperialistisch ausgebeuteten und im Elend erstickenden Nachbarstaaten Europas. Die Flüchtlinge drängen nicht an den Phoenix-See, sondern naheliegender in marode Altbestände im Norden der Stadt, die „Heuschrecken“ überlassen worden waren. Da die Angekommenen versuchen zu überleben, wecken sie rassistische Instinkte und beleben gestrige Herrschaftsmechanismen, das droht „gated community“ im Umkehrschluss an – die Sicherung der Armseligen in Lagerform.

Am Ende werden sich am Phoenix-See Eröffnungsfeiern häufen. Sie werden sozialen Frieden und ein funktionierendes Gemeinwesen simulieren. Dann werden die Existenzprobleme bisheriger Anrainer – in der Öffentlichkeit am bekanntesten das Cabaret Queue und das Restaurant Treppchen – durch die langjährig schwer emittierenden Bodenbewegungen so oder so ausgestanden sein. Und auch die weniger bekannten Existenzfragen aufgrund der sozialen Verdrängungsprozesse werden irgendwie beantwortet sein. Wird es die Omnipotenten interessiert haben?

Wolfgang Richter, geb. 1935, arbeitete als Hochschullehrer im Fachbereich Architektur der FH Dortmund und lebt in Dortmund. Amateur kritischer Kommunalpolitik.

die Literatur dazu:

Phoenix See Entwicklungsgesellschaft, www.phoenixseedortmund.de und www.wohnen-am-phoenixsee.de

Richter, Wolfgang, „Phoenix“ – einst ein Name für Kohle und Stahl – heute ein Name für das Wässern und Fluten von Erinnerungen, in AMOS 3|2004, Marl, www.amos-zeitschrift.de

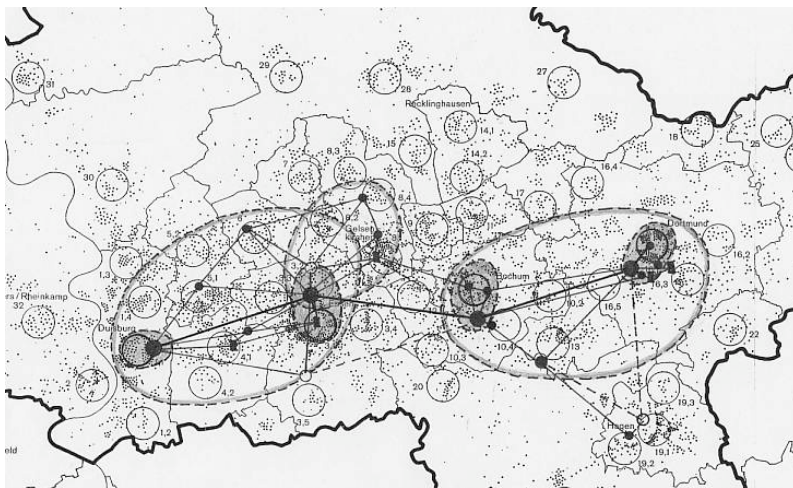
Stadt Dortmund, Aktionsraum Hörde: www.dortmund.de/de/rathaus_und_buergerservice/lokalpolitik/aktionsplan_soziale_stadt/aktionsraumhoerde
Vellay, Irina, Die Parallelgesellschaft der Armut. Niedrigschwellige existenzsichernde Angebote in Dortmund, in Workfare.Dienstpflicht.Hausarbeit 4/2010, Dortmund, www.stiftung-w.de

Ingrid Krau

RUHR – die Suche nach der Urbanität

Im Rahmen der Aktivitäten zur „Kulturhauptstadt RUHR 2010“ warben die Städte der neu getauften „Metropolregion Ruhr“ mit ihrer „Urbanität“ als zukunftsweisender Qualität. Das hat unter Planern ein heftiges Pro und Contra ausgelöst: Wird das Ruhrgebiet maßgeblich von seiner „Polyzentralität“ geprägt und ist somit auf dem Wege in eine von Städten des „europäischen Typs“ bestimmte Zukunft, also von Städten mit starken Zentren? Oder ist sein hervorstechendes und weit zukunftsfähigeres Merkmal nicht gerade das Kontinuum einer wenig hierarchischen Stadtlandschaft?

Tatsächlich wurde die vorindustriell ländlich-agrarische Raumstruktur mit kleinen Ortskernen zwischen Lippe und Ruhr und nur drei echten Städten (Duisburg, Essen, Dortmund) von der Montanindustrie komplett umgeformt; die Zechen entstanden dort, wo man am besten an die Kohle kam, die Zechensiedlungen direkt daneben.



Die Hintergrundkarte zeigt den vom SVR gewollten Ausbau von Siedlungsschwerpunkten (Stand 1968). Jeder Punkt in den Kreisen steht für 1.000 Einwohner; zeigt also die überwiegend extrem bescheidene Einwohnerdichte, an der das Konzept letztlich scheiterte. Überlagert ist das Hintergrundbild mit der Vision einer vernetzten Hochschulstruktur mit „Doppelstädten“, gebildet aus vorhandenen Universitätsstandorten und Stadtzentren. (Planskizze Ingrid Krau)

So entstand eine unstädtische „industrielle Agglomeration“, die an den vorgefundenen Ordnungen keine Schranke fand. „Sie überspielt alle Grenzen, verdeckt landwirtschaftliche Gebiete und zwingt sie zu neuen Wirtschaftsformen, sie bezieht Ortschaften und Städte ein und verändert sie völlig“ – stellen die Autoren Mackensen, Papalekas, Pfeil in ihrer umfassenden, 1959 publizierten Untersuchung des Ruhrgebiets fest (Titel „Daseinsformen der Großstadt“).

Die Planungsbemühungen des SVR der 1960er Jahre, über Siedlungsschwerpunkte an den Haltestellen eines erst noch zu bauenden S-Bahn-Verkehrssystems urbane Dichte zu schaffen, erwiesen sich als mehrere Nummern zu groß. Der später forcierte U-Bahn-Ausbau in den bescheidenen Stadtzentren sollte deren Kaufkraft stützen –, um innerstädtischen Wohnungsbau ging es noch lange nicht.

Die IBA-Emscherpark verfolgte – sich den Realitäten stellend – eine stadtlandschaftliche Dimension; ihr ging es um den Abbau von Benachteiligung.

Die planerische Hinwendung zu den Innenstädten ist also sehr jung.

STÄDTE als ökonomische Wachstumstreiber

Die heutige Orientierung auf „starke Zentren“ sieht die Städte als ökonomische Wachstumstreiber der Volkswirtschaften – und noch das entfernteste Dorf soll von der dynamischen Entwicklung seiner Metropolstadt profitieren; so ist die Gesamtfläche Deutschlands heute in 11 Metropolregionen aufgeteilt, die den Wirtschaftsboom für alle bringen sollen. Seit der Verkündung der „Lissabon-Strategie“ geht es bei der öffentlichen Förderung von Städten und Regionen aus den Regional- und Strukturfonds der EU darum, die „Stärken zu stärken“ und Geld nicht mehr wie zuvor an bedürftige Regionen zu verteilen.

Entsprechend versuchen sich die größeren Städte in Europa so umzubauen, dass sie den ‚benchmarks‘ der Global Player entsprechen, um ökonomisch erfolgreich zu werden. Ihr Erfolg ergibt sich dann aus dem Ranking der Städte. So kann jede Stadt sehen, wie es um ihre ‚competitiveness‘ steht. Nun gibt es aber Wissenschaftler, die anhand der sich nicht bessern wollenden ‚benchmarks‘ für die altindustrialisierten Städte an Englands Westküste, die horrende EU-Subventionen für ihre ‚competitiveness‘ erhielten, bezweifeln, dass der Global-Player-Wettbewerb für alle Städte gleichermaßen die richtige Strategie ist.

Gilt das auch für die Stadtlandschaft Ruhrgebiet?

Ganz ohne Zweifel haben die vier größten Städte des Ruhrgebiets in ihren Kernbereichen inzwischen erheblich an Attraktivität gewonnen und wir dürfen zugeben, dass es angenehm geworden ist, sich dort aufzuhalten und dass die stark subventionierten Kultureinrichtungen die Lebensqualität erhöht haben. Seien wir ehrlich, auch die neu gestalteten Plätze mit Bistros, Cafés usw. sind uns angenehm, denn auch unsere Ansprüche an Urbanität sind gewachsen. So ist es naheliegend, dass das offizielle Ruhrgebiet mit seiner Urbanität im Kulturhauptstadtjahr zu ‚punkten‘ sucht. Zwar ist das mit öffentlichen Schulden auf die Zukunft finanziert, denn die Ruhrstädte sind ja pleite. Aber vielleicht bringen diese Vorausinvestitionen doch ein wirtschaftliches Erstarken oder wirken zumindest der Abwanderung entgegen?

Oder ist es doch ganz anders: Liegt die eigentliche Bindungskraft der Region in ihren verstreuten renovierten Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen in der immer grüneren Stadtlandschaft und in der vielgestaltigen Bildungslandschaft mit den nach den 1960ern neu entstandenen Gesamtschulen, Gymnasien, Fachhochschulen und Universitäten?

Letztere schufen die Voraussetzungen für urbane Dienstleistungsarbeitsplätze und auch für neue urbane Bedürfnisse der Ruhris. Aber noch sind die Universitäten in zu großem



Der aus vorindustrieller Zeit datierende Ort Hörde wurde durch die großindustriellen Anlagen des Hüttenwerks der Hoesch AG in seiner Entwicklung eingeengt und überformt. Erst mit der Stilllegung des Hüttenwerks kann er sich wieder räumlich entfalten. (Planskizzen Manfred Walz)

Ausmaß Spender qualifizierter Arbeitskräfte für andere Regionen. Doch zeigt sich für die I+K-Technologien ein wachsender Zusammenhang von Hochschulstandorten und Unternehmensgründungen. Bis heute wollen die Studierenden immer noch in zu geringer Zahl das Hotel Mutti verlassen oder anders ausgedrückt, es wird zu wenig in neues Wohnen, urbane Infrastruktur und besseren ÖV an den Hochschulstandorten investiert. Vielleicht hätte man doch besser dafür Schulden gemacht, um Zukunftsfähigkeit zu generieren?

Das Ruhrgebiet hat offensichtlich eine Chance als stadtlandschaftliche Region eines anderen Typs urbaner Vernetzung. Lissabon hin oder her, es sollte seinen eigenen Weg gehen!

Ingrid Krau, Dr. rer.pol., Dipl.-Ing. Architektur, Prof. i.R., lebt in München. Bis 1994: freie Planerin und Architektin im Ruhrgebiet; bis 2007 Lehrstuhl für Städtebau an der TU München; bis 2010 Leitung des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen in München.

Sie hatten schon immer eine andere Sicht auf die Dinge? Sie suchen Entspannung nicht nur im Blätterwald?
Dann riskieren Sie doch einen Perspektivenwechsel!



Echt. Ungewöhnlich.

Schweine beim Ziegenmichel. Lamas mit Weitblick. Kanufahrer im Industriedschungel. Bergmann auf Expeditionsfahrt: 27 Abenteuer für Neugierige, Singles, Theater- und Emscherfreunde, Kunstinteressierte, Familien, Natur- und Tierliebhaber gibt es hier: www.emscher-expedition.eu

Schwarze Seele. Blaue Zukunft.

BRIDGES Fotoprojekt Emscher Zukunft lädt alle am Wandel der Emscherregion Interessierten zu einem interdisziplinären Austausch ein. Aktuelle Veranstaltungen aus der Reihe „Perspektivenwechsel“ unter www.bridges-projects.com



Au Loong Yu

Guanxi –

Korruption mit chinesischen Besonderheiten¹

1 Wurf

Seit Mitte der 1990er Jahre hat China zwei Wellen der Privatisierung erlebt: Zunächst die Privatisierung staatlicher Unternehmen, in deren Folge über 30 Millionen ArbeiterInnen entlassen wurden. Dann die Privatisierung öffentlichen Bodens, mit der doppelten Folge, dass Menschen aus ihren alten Häusern vertrieben wurden und der Grundstücksmarkt boomte. Darüber hinaus – und trotz gegenteiliger Position der Zentralregierung – versuchen sich sowohl Vertreter der Kommunalverwaltungen als auch des Wirtschaftssektors (durchaus mit einigem Erfolg) in der verdeckten Privatisierung landwirtschaftlicher Flächen. Dies ist die dritte Welle der Privatisierung und sie mag sich länger hinziehen als die beiden ersten, gleichwohl passiert sie vor unseren Augen.

Ironisch, beinahe schon komisch dabei ist, dass die regierende Partei noch immer den Namen „Kommunistische Partei“ trägt, der Staat als „sozialistischer Staat“ bezeichnet wird und nach dem Gesetz die ArbeiterInnen in den staatlichen Unternehmen und die Landwirte in ihren Familien-Farmen das Recht genießen, ein Veto gegen jeglichen Versuch einzulegen, ihre Betriebe oder ihr Land zu privatisieren. Und tatsächlich hat China ein betriebliches Mitbestimmungssystem, das den Beschäftigten und ihren betrieblichen VertreterInnen mehr Rechte zugesteht als dies z.B. in Deutschland der Fall ist. Doch haben all diese institutionalisierten Regelwerke nie eine aktive Rolle im Prozess der Privatisierung gespielt.

Wahrscheinlich gibt es nur wenige Orte in unserer Welt, die von einem derart scharfen Kontrast zwischen verfasstem Recht und offizieller Politik einerseits und der schieren Realität andererseits geprägt sind. Man muss sich fragen, wie es Parteikadern gelingt, die Gesetze zu umgehen und genau das zu tun, was verboten oder unerwünscht ist.

Ein Teil der Antwort auf diese Frage ist die Feststellung, dass es in der Geschichte der Volksrepublik China seit ihrer Gründung stets weniger wichtig war, was in den Gesetzen steht oder gar als „offizielle Parteipolitik“ betrieben wurde. Was wirklich im politischen Leben zählte, war das Denken des politischen Führers – sei es der Vorsitzende Mao oder sein Nachfolger Deng Xiaoping. Allerdings: Obwohl Mao per Dekret regierte, war er doch nicht so mächtig wie er es gerne gewesen wäre. Er stöhnte ständig darüber, dass alle bürokratischen Ebenen ihre je eigenen Verfahrensweisen entwickelt hatten. Vor allem im Interesse, reich zu werden. Obwohl die von ihm gewählten Mittel im Kampf dagegen (die Kulturrevolution) die Bürokratie eher gestärkt haben als sie zu einzudämmen², ist dieser sein Standpunkt doch korrekt und valide. Die chinesische Bürokratie hat sich nie durch unpersönliche, sachbegründete Regulierungen fesseln lassen. Sie steht über allen Gesetzen und Regulierungen. Tatsächlich ist sie in hohem Maße „persönlich strukturiert“. Ein wichtiges Moment in der Politik der chinesischen Bürokratie ist *guanxi*³, das ein zentrales Konzept zum Verständnis chinesischer Politik ist. In einem weiteren Sinn meint es ein persönliches Netzwerk von Einflüssen, aber es lässt sich besser verstehen als ein klientelistisches Netzwerk oder als mafiose Cliquen. Die chinesische Bürokratie ist faktisch entlang von Cliquen organisiert, die Gesetze und Regulierungen und sogar die Autorität der Zentralregierungen au-

ßer Kraft setzen. Jeder, der sich traut, die regierende Partei dazu aufzufordern, geltende Gesetze oder die Verfassung wirklich zu respektieren, landet nicht selten im Gefängnis.

Im Verlaufe des seit 25 Jahren andauernden Reformprozesses konnte es die Kommunistische Partei Chinas bewerkstelligen, sich selbst zu bereichern, indem zunächst eine kapitalistische Klasse „angefüttert“ wurde. Jede bedeutendere Reformmaßnahme zielte zunächst und vor allem auf die Bereicherung der Bürokratie selbst. Nahezu alle Ebenen staatlicher Abteilungen haben unterschiedliche Arten von wirtschaftlichen Unternehmen gegründet, um damit Geld zu machen. Die Bürokratie hat sich selbst zu Kapitalisten verwandelt. Dies erzürnte die Menschen derart, dass es 1989 zu einem offenen Protest gegen die Regierung kam. Das harte Durchgreifen der kommunistischen Partei brach jede Opposition gegen die kapitalistische Reform und die weitere Bereicherung der Bürokratie: Die Arbeiterinnen und Arbeiter mussten den schwersten Schlag aushalten.

Aber wie ist die chinesische Bürokratie denn nun in der Lage, das genaue Gegenteil dessen zu tun, was in den Gesetzen oder der offiziellen Partei- bzw. Regierungspolitik festgelegt ist? Die Frage führt uns erneut zurück zu *guanxi*.

Guanxi ist ein zentrales Konzept, chinesische Politik zu verstehen. Wörtlich meint es „Verbindung“, aber es ist besser als „Beziehung“ oder „Verflechtung zwischen Personen“ zu verstehen. Dem äußeren Schein nach ist *guanxi* eine gemeinsame Identität, die man miteinander teilt, wie zum Beispiel den Ort, Verwandtschaft, Arbeitsplatz oder Freundschaft. Irgendwie miteinander verwandt zu sein, schlicht aus dem selben Dorf zu kommen (*tongxiang*), den gleichen Nachnamen zu haben (*tongzong*), Schulfreunde zu sein (*laotongxue*) oder ehemalige Kollegen (*jiutongshi*), kann immer zu starken Grundlage von *guanxi* werden. Im zeitgenössischen China bezeichnet es ein persönliches Netzwerk von Einflussnahmen.

Sowohl europäische als auch chinesische Wirtschaftsmagazine versuchen die Anstrengungen in- sowie ausländischer Investoren daran zu messen, inwieweit sie *guanxi* in China aufzubauen in der Lage sind. Sie begreifen *guanxi* als aus dem Konfuzianischen Kollektivismus stammend und stellen es dem westlichen Individualismus entgegen. Diese Behauptung würde treue Anhänger des Konfuzianismus – und Konfuzius selbst – erschrecken. Die Konfuzianische Glaubenslehre geht im wesentlichen aus von der Harmonie der fünf grundlegenden sozialen Beziehungen⁴ (*wulun guanxi*), die nur durch Wirken für Rechtfertigung und Gerechtigkeit (*yi*) hergestellt werden können; das heißt: das hat Vorrang vor dem Streben nach persönlichem Gewinn (*li*). Ansonsten, wenn jeder nur den eigenen Vorteil im Blick hätte und sich nur dafür anstrengen würde, würde das Land oder die Gesellschaft auseinanderbrechen. Daher ist der Konfuzianismus in sich unvereinbar mit systemisch egoistischen Handels- oder Geschäfts-Interessen, weil diese doch die Harmonie der sozialen Beziehungen notwendigerweise zerstören.

Im Gegensatz dazu ist es das eigentliche Anliegen des zeitgenössischen *guanxi*, um die offizielle Doktrin des Kommunismus oder Sozialismus (in chinesischer Ausprägung) herum zu kommen, und damit auch gleich um die Gesetze und Regulierungen

und sogar die Verfassung der kommunistischen Partei. Also: nichts weiter zu tun, als persönliche Interessen zu bedienen, die zunehmend geschäftliche Interessen sind. Tatsächlich ist *guanxi* die Antithese zum öffentlichen Interesse.

Um zu einem Abschluss zu kommen: Die Einordnung des zeitgenössischen *guanxi* in die Kategorie des Konfuzianischen Kollektivismus dient allein dem Zweck der Legitimierung sowohl der korrupten Parteimitglieder als auch der entsprechenden Versuche europäischer Unternehmen, Teil des *guanxi* Systems zu werden.

¹ Teile dieses vom Autor für AMOS gekürzten Artikels sind einem früheren Essay des Autors *China End of Model?* und dem Bericht des Globalization Monitor *European Companies Lobbying in China and Chinese Responses* entnommen, der im Wesentlichen vom Autor des vorliegenden Beitrags stammt.

² Siehe dazu Maurice Meisner, *The Deng Xiaoping Era: An Inquiry into the Fate of Chinese Socialism 1978 – 1994*.

³ Gibt man *guanxi* in google ein, findet man mehr als eine Million Einträge. Auch gibt es zahllose Bücher, die sich speziell mit *guanxi* beschäftigen – sie werden oft genug als notwendige Lektüre angesehen, wenn man Geschäfte in China machen möchte.

⁴ Väter und Söhne, Gebieter und Untertan, ältere und jüngere Brüder, Ehemänner und Ehefrauen, gegenseitige Freunde

Au Loong-Yu ist unabhängiger linker Publizist und Redakteur der Internet-website *China Labor Net* in Hong Kong (<http://www.worldlabour.org/eng/>). Geboren 1956 in Hong Kong besuchte er eine katholische weiterführende Schule, ohne selbst Katholik zu sein. Nach dem Schulabschluss 1974 arbeitete Au zeitweilig in Hong Kong in Büros von britischen/US-Firmen und später zwei Jahre als Arbeiter in einer Spielzeug- und einer Bekleidungsfabrik. Dann studierte und unterrichtete er Chinesisch. Au war und ist engagiert in sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen in Hong Kong und war 1999 Mitbegründer von *Globalization Monitor*, das die Auswirkung der Globalisierung auf die Arbeits- und Umweltsituation im Blick hat. In diesem Zusammenhang arbeitet er mit deutschen Kollegen im *Forum Arbeitswelten – China und Deutschland* mit. Weitere Informationen über ihn in *New Left Review*, Nov/Dec 2006 (<http://www.newleftreview.org/?issue=276>).

AMOS bringt in 2011 vier Kolumnen von Au Loong-Yu, freut sich darüber und dankt Peter Franke (Bochum) vom o.g. *Forum Arbeitswelten – China und Deutschland* (im Asienhaus Essen) für Vermittlung und Beratung und Stephan Hochstadt für die Übersetzung.

Manfred Walz, Anna Musinszki

Menschenorte 10

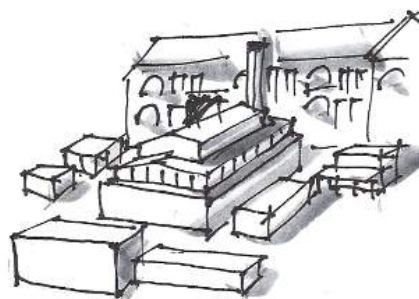
bei Andreas Koch: Den Menschen zugewandt – Perspektive und sinnvolle Arbeit bei Grünbau

Wenn die Menschen aus Tunesien oder Libyen sich durch die Brandung ins Boot kämpfen, sind die Dortmunder von GrünBau schon vorbereitet – aus langer Erfahrung. Viele der Flüchtlinge, die in Europa ankommen und auf Deutschland verteilt werden, kommen in der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge am Westfalendamm an (ein Umzug in die ehemalige Gehörlosenschule in Hacheney ist geplant, bei Anwohnern aber umstritten). Sie wollen leben und arbeiten – sinnvoll arbeiten. Ihnen geht es nicht anders als den Jugendlichen, die erzieherische Hilfe brauchen und den Langzeitarbeitslosen, die in 1-Euro-Jobs oder jetzt über die „Jobperspektive“ bei GrünBau überhaupt oder endlich wieder den Einstieg in eine Arbeit und eine eigene Perspektive suchen.

Andreas Koch, der als Geschäftsführer den großen Bau- und Werkhof des Ausbildungsbetriebs in der Dortmunder Nordstadt leitet, hat zur Situation „seiner“ Beschäftigten einen eigenen, erlebten Zugang. Der reicht länger zurück als dieser Betrieb mit mehr als hundert Arbeitsplätzen und 250 Plätzen zur Qualifizierung für Arbeitslose schon besteht.

Er ist aus Preußisch Oldendorf im äußersten Norden des Landes zum Studium als Sozialarbeiter nach Dortmund, dem Ort seiner dritten Wahl, gezogen und geblieben. Seine erste Stelle nach dem Studium war die Anleitung arbeitsloser Jugendlicher in Eingliederungsklassen für zwei Jahre. Seine Aufgabe: Jugendliche begleiten und motivieren beim Eisen feilen und Wände mauern. Zuzusehen beim abendlichen Abreißen der kunstvoll gemauerten Mauerwerksverbände, das war wenig motivierend – für ihn und noch weniger für die Jugendlichen. Bei so etwas Demotivierendem wollte er nicht wieder mitwirken. Dass Menschen nicht für die Mülltonne arbeiten, sondern etwas von Dauer herstellen, das ist bis heute das Motto seiner Aktivitäten. Arbeit soll auch in Stadtteil und Gesellschaft positive Spuren hinterlassen.

In dieser Linie folgten immer komplexere Vorhaben. Es begann mit der Beratung der Initiative gegen den Ausbau der Malinckrodtstraße zur Autobahnfortsetzung der OW IIIa durch die Nordstadt – der „Planerladen“ beriet und begleitete die Protestierenden. Die wollten aber eher beraten sein bei Wohngeld und Sozialhilfe. Wie also ist sozialer Hilfe Sinn zu geben? Mit zwei Freunden und dem „Planerladen“ schlugen sie vor, mit drei ABM (ArbeitsBeschaffungsMaßnahme), eine „Truppe von Punks und Prolls“ – jugendlichen Arbeitslosen – zu Bauhelfern z.B. in Stadtteilarbeiten für Hinterhofbegrünung zu qualifizieren. Das Bauteam grüne Nordstadt war geboren. Das war 1987. Seitdem



sind die sinnvollen Arbeiten für die umgebenden Stadtteile immer weiter ausgebaut worden: Im Garten- und Landschaftsbau und bei allen Hochbauprojekten, die gering qualifizierte Arbeiten zulassen;

immer argwöhnisch von den Handwerkern als Konkurrenten beobachtet, weil ihre sozial verpflichtete Arbeit 7% statt 19% Mehrwertsteuer erlaubt. Mit hohem Engagement reparierter und strukturell erzeugter gesellschaftlicher Schaden hat seinen (geringeren) Preis!

Am Bau- und Werkhof ist auch das Modell „jawoll“ – mit jugendlichen Arbeitslosen entstanden und beheimatet – gepriesen und oft bepreist, betreutes Wohnen für ankommende Ausländer („Deutsche nehmen wir auch.“), eine Stiftung „SOZIALE Stadt“ ist frisch eingerichtet. Hier erhält auch die Kreishandwerkerschaft Einblick in die Arbeit ihrer vermeintlichen Konkurrenz. Und wenn mal zwischendurch weniger Arbeit da ist, wird im Stadtteil ein Park gelüftet, einer mit Bürgern aufgebaut, es werden Fassaden verputzt und mit Künstlern gestaltet. Bei allen Beteiligten wächst der Stolz auf die eigene Arbeit sichtbar.

Im Eingangshaus zum Werkhof ist eine Wohntage für Kinder, die die Schule verweigern, eingerichtet worden. Sie sollen ihren eigenen Lebenssinn neu entdecken und sinnvolles Lernen für sich. Wieder hat sich für Andreas Koch ein Kreis geschlossen.

Manfred Walz, (Text + Zeichnung) Jg. 1940, in *Synthese von Naturwissenschaften und Kunst* in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner, immer zeichnend, und seit 1984 Titelblattzeichner des AMOS

Anna Musinszki, (Text) Dipl.-Ing. der Raumplanung, Dozenten- und Forschungstätigkeit; Aufbau und Mitarbeit im Institut für soziale und ökologische Forschung e.V. – Akoplan, Dortmund; Beteiligung an Strukturwandel-Projekten im Ruhrgebiet. Sie ist Mitherausgeberin des AMOS. E-Mail: Anna.Musinszki@t-online.de

Ilan Pappe – 12.01.2011

Kommentar zur Stuttgarter Konferenz und Erklärung

Wegen heftiger, z.T. rüder Kritik an Organisatoren der Stuttgarter Konferenz und besonders jenen, die die Stuttgarter Erklärung (11.12.2010 – siehe Text in AMOS 4 | 2010) unterschrieben haben, hebt Ilan Pappe hier einige wichtige Punkte hervor:

Unter den Aktiven im Kampf um Palästina gibt es auf der einen Seite das orthodoxe Herangehen und auf der anderen eine neue herausfordernde Bewegung.

Das orthodoxe Herangehen gründet seine Friedensvision auf einer Zwei-Staaten-Lösung und auf der tiefen Überzeugung, dass eine Veränderung der israelischen Gesellschaft durch das dortige Friedenslager eine gerechte Lösung bringen werde. Zwei völlig souveräne Staaten würden nebeneinander existieren, sie würden sich einig werden in der Frage der palästinensischen Flüchtlinge und gemeinsam über die Zukunft Jerusalems entscheiden. Dies schließt auch den Wunsch mit ein, Israel als einen Staat aller seiner Bürger zu sehen und nicht nur als einen jüdischen Staat – der jedoch seinen jüdischen Charakter behalten soll.

Diese Vision gründete sich einerseits auf den Wunsch, den Palästinensern zu helfen, und andererseits auf realpolitische Überlegungen. Sie nährt sich aus einer Überempfindlichkeit gegenüber den Wünschen und Ambitionen der mächtigen israelischen Seite und aus einer übertriebenen Rücksichtnahme auf das internationale Kräfteverhältnis, und sie will vor allem auch der amerikanischen Grundposition und Haltung zu diesem Problem entgegenkommen. Es ist dennoch eine aufrichtige Position, und in dieser Hinsicht unterscheidet sie sich von der Position der politischen Eliten des Westens. Diese waren viel zynischer, als sie ihre sanftere Version der orthodoxen Sicht ins Spiel brachten. Diese Politiker wussten und wissen sehr wohl, dass ihr Diskurs und Plan es Israel erlaubt, die Enteignung Palästinas und der Palästinenser ohne Unterbrechung fortzusetzen. Es ist kein glaubwürdiges Rezept zur Beendigung der Kolonisierung Palästinas.

Bei den Aktivisten hat die orthodoxe Sicht allmählich an Bedeutung verloren. Sie wird noch immer hochgehalten vom offiziellen Friedenslager in Israel und von den liberalen zionistischen Organisationen weltweit, ebenso wie von den linken Politikern in Deutschland und Europa. Im Namen der Realpolitik und der Effizienz wird sie auch in gewisser Weise immer noch von guten Freunden, wie Norman Finkelstein und Noam Chomsky, vertreten.

Doch die große Mehrheit der Aktivisten wollen sie nicht mehr. Die BDS-Bewegung, die durch die palästinensische Zivilgesellschaft innerhalb und außerhalb Palästinas initiiert wurde, das wachsende Interesse und die Unterstützung für eine Ein-Staaten-Lösung und die Entstehung eines entschiedeneren, wenn auch kleinen, antizionistischen Friedenslagers in Israel haben zu alternativem Denken geführt.

Die neue Bewegung, die von Aktivisten in aller Welt, in Israel und in Palästina, unterstützt wird, folgt dem Beispiel der Anti-Apartheid-Solidaritätsbewegung. Das gesamte Palästina war und ist ein Gebiet, das kolonisiert wurde und noch immer kolonisiert und durch Israel in der einen oder anderen Weise besetzt wird, und die Palästinenser leben unter diversen legalen und repressiven Herrschaftsformen. Es ist deshalb notwendig, die Realität vor Ort fundamental zu ändern, bevor es zu spät ist.

Mit anderen Worten, wir sind Zeugen eines Paradigmenwechsels, der von diesem neuen Aktivismus vertreten wird. (Er hat natürlich

viele Elemente alter Ideen aus der PLO-Charta von 1968 und von Aktivistengruppen wie der Abna al-Balad, Matzpen, der PFLP und PDFLP übernommen und der heutigen Realität angepasst, Ideen, die 1993 im Namen der Realpolitik fallengelassen wurden.) Das neue Paradigma besteht auf der Analyse Israels als eines kolonialen Siedlerstaates des 21. Jahrhunderts, dessen Ideologie das Haupthindernis für Frieden darstellt. Das neue Paradigma sucht friedliche Mittel zur Veränderung dieses Regimes für alle, die dort leben und für jene, die von dort vertrieben wurden.

Aktivismus um des Aktivismus willen ist sinnlos. Aktivismus muss sich auf eine Analyse gründen und eine Prognose vorschlagen. Zionismus war und ist eine koloniale Siedlerbewegung, und Israel ist ein kolonialer Siedlerstaat. Solange dies so bleibt, wird selbst ein Rückzug aus der Westbank und dem Gazastreifen und die Schaffung eines Bantustans die Enteignung und die ethnische Säuberung, die 1948 begann, nicht beenden. Die Bantustans haben die Apartheid in Südafrika nicht beseitigt.

Die neue Bewegung, die mit der Konferenz in Stuttgart ein bedeutendes Zeichen setzte, gibt der Unterstützung für Palästina und den Palästinensern von außerhalb neuen Auftrieb. Sie kann sich aber nicht mit der Frage der palästinensischen Vertretung befassen –, dieses Problem kann nur von den Palästinensern selbst gelöst werden – und auch nicht mit der Frage, wie die israelischen Juden am besten die Verantwortung für die ethnische Säuberung Palästinas übernehmen sollten und wie eine andere Zukunft erreicht werden kann, in der Araber und Juden zusammenleben können. Aber in Stuttgart waren beide, Palästinenser und Israelis, vor allem auf dem Podium zahlreich vertreten. Die Stuttgarter Erklärung beschreibt sehr gut die Hoffnung beider Seiten, die von anderen moralisch unterstützt wird. Sie enthält Vorschläge für Aktionen in Europa, um die Enteignung von Palästina – nicht nur in kleinen Bereichen – zu beenden.

Es ist nicht töricht, auf einen Regimewechsel in Israel zu hoffen, es ist nicht naiv, sich einen Staat vorzustellen, in dem alle gleich sind, und es ist nicht unrealistisch, sich für die bedingungslose Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat einzusetzen. Diese Sehnsüchte behindern nicht den Kampf gegen die täglichen israelischen Übergriffe in Palästina. Im Gegenteil, sie geben uns die einzig mögliche rationale Erklärung, warum wir mit demselben Engagement und mit der gleichen moralischen Kraft gegen die Zerstörung von Häusern in Jerusalem, im Negev und im Gazastreifen Widerstand leisten müssen ...

Der Kampf gegen den Zionismus sollte mit nichts anderem verwechselt werden. Der Zionismus ist eine außergewöhnliche Ideologie, eine Ideologie mit einem Staat und einer Armee. Sie schadet nicht nur den Palästinensern, sondern auch den Juden, wo immer sie sind – auch den Juden in Israel.

Wir sollten den Organisatoren danken, die Erklärung unterzeichnen und vorwärtsgehen. Palästina kann nicht auf deutsche Bedenken und Skrupel Rücksicht nehmen. Wir sollten Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen praktizieren. Dies ist der einzige Weg, der von außen beschritten werden kann, damit beide Völker in Palästina künftig eine faire Chance haben, eine bessere Zukunft zu bauen.

Ilan Pappe ist Professor für Geschichte und Direktor des Europäischen Zentrums für palästinensische Studien an der Universität von Exeter. Bücher u.a.: „Die ethnische Säuberung Palästinas 1948“ und „Out of the Frame: Der Kampf um akademische Freiheit in Israel“.

Neue Bilderbücher im Peter Hammer Verlag



Tobias Krejtschi
Wie der Kiwi seine Flügel verlor
24 S., geb., ab 4
€ 14,90
ISBN 978-3-7795-0301-9

Die uralte Maori-Geschichte vom Kiwi, der seine Flügel und die Freiheit verliert, aber die Liebe eines ganzen Volkes gewinnt, hat Tobias Krejtschi den Neuseeländern abgelauscht. Jetzt erzählt er sie neu und gibt ihr faszinierende, märchenhaft schöne Bilder!



Nadia Budde
Unheimliche Begegnungen auf Quittenquart
32 S., geb., ab 4
€ 13,90
ISBN 978-3-7795-0294-4

Auf dem Planeten Quittenquart gibt es solche und solche. Grüne mit spitzen Ohren zum Beispiel. Aber auch sehr Behaarte und welche mit vielen Augen! Unsere Quittenquart-Helden sind drei von den Grünen und sehr abenteuerlustig. Sie wollen wissen, was passiert, wenn sie den Langhaarigen und den Vieläugigen begegnen. Die schöne Moral: Wer wen trifft, hat's gut!



Jürg Schubiger (Text)
Rotraut Susanne Berner (Illustr.)
Als der Tod zu uns kam
32 S., geb., ab 5
€ 13,90
ISBN 978-3-7795-0312-5

Wie mit dem Tod nicht nur das Leid in die Welt kommt, sondern auch Mitleid, Zuwendung und Trost, das zeigen Jürg Schubigers fein gesponnener Text und Rotraut Susanne Berners klare, kluge Bilder auf geniale und berührende Weise.



Andrea Hensgen (Idee)
Béatrice Rodriguez (Illustr.)
Der große Hund
24 S., geb., ab 4
€ 11,90
ISBN 978-3-7795-0313-2

Mit einem Freund an der Seite sieht die Welt gleich anders aus! Eine warmherzige Geschichte vom Großwerden, ganz ohne Worte.



Yvonne Hergane (Text)
Christiane Pieper (Illustr.)
Einer mehr
24 S., Pappe, ab 2
€ 11,-
ISBN 978-3-7795-0335-4

Eine einfache Idee, pfiffige Reime und viele kleine Jungs! Immer einer mehr. Ein bunter Spaß schon für die Kleinsten.



Mandana Sadat
Mein Löwe
24 S., geb., ab 4
€ 9,90
ISBN 978-3-7795-0293-7

Größer und gefährlicher kann ein Löwe nicht sein, winziger und bedauernswerter kein Menschenkind! Wird der Löwe das Kind fressen? Eine Geschichte, wie Kinder sie lieben: spannend, fröhlich, versöhnlich. Erzählt in eindrucksvollen Bildern, die jedes Wort überflüssig machen.



AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- ☐ Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
☐ Überweisung über 18,- € ist erfolgt
am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671, Fax: 501673
E-Mail: huettmann.mar1@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.mar1@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Titelbild:

Manfred Walz

Schlussredaktion:

Axel Lippek

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Herausgabe + Redaktion:

Wolfgang Belitz, Unna
Hartmut Dreier, Marl
Rolf Euler, Recklinghausen
Friedrich Grotjahn, Bochum
Rolf Heinrich, Gelsenkirchen
Ute Hüttmann, Marl
Wolf-Dieter Just, Duisburg
Jürgen Klute, Wanne-Eickel
Carl-D.A. Lewerenz, Herne
Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.)
Heinz Listemann, Dortmund
Anna Musinszki, Dortmund
Hermann Schulz, Wuppertal
Renate Wangelin, Bochum

Konto:

AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Einzelpreis: 4,50 €

Abo-Preis: 18,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich
ISSN 1615 - 3278

